



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

### **Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1924**

301 (2.7.1924) Mittag-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-213974](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-213974)

# Mannheimer General-Anzeiger

## Neue Mannheimer Zeitung

Badische Neueste Nachrichten

Bezugspreis: In Mannheim und Umgebung monatlich 10 Goldpfennig. Die monatlichen Bezüge werden durch den Postamtsträger oder durch den Postamtsträger...

Bezugspreis nach Carl bei Verzugszahlung von drei monatlichen Monatsheften für Mannheimer Anzeigen...

Beilagen: Sport u. Spiel im Mannheimer General-Anzeiger. Aus Zeit u. Leben mit Mannheimer Frauen- u. Musik-Zeitung. Welle u. Schall. Aus Feld und Garten. Wandern u. Reisen

### Die Finanzlage des deutschen Reiches

#### Eine Unterredung mit Reichsfinanzminister Dr. Luther

##### Kassenlage — Finanzlage

Der Berliner Vertreter des 'Nieuwe Rotterdamse Courant' berichtet seinem Blatt über eine Unterredung mit dem Reichsfinanzminister Dr. Luther über die Finanzlage des Reiches. Die Unterredung verlief folgendermaßen:

Frage: Aus dem letzten Reichsanfauweis hat das Ausland und wohl auch das Inland die Ansicht gewonnen, daß die Finanzlage des Reiches außerordentlich günstig sei. Andererseits haben Sie, Herr Minister, vor einigen Tagen in einer Sitzung des Ausschusses des Reichstages die Wichtigkeit der Finanzlage betont. Wie erklärt sich dieser Widerspruch?

Antwort: Bei Beurteilung der Finanzverhältnisse Deutschlands muß man die Kassenlage und die augenblickliche Kassenlage genau auseinanderhalten. Aber auch die augenblickliche Kassenlage hat sich in der Zwischenzeit bereits erheblich verändert. Zunächst muß ich darauf hinweisen, daß die Reichsanfauweis genannte allgemeinen Zahlen nicht nur das Guthaben des Reiches, sondern die Guthaben aller anderen öffentlichen Körperschaften umfassen, also z. B. auch der Länder, der preussischen wirtschaftlichen Betriebe und dergl. mehr. Das Guthaben des Reiches hat seinen Höhepunkt am 23. Juni mit etwa 450 Millionen Mark erreicht und ist seitdem so gesunken, daß es heute nur noch etwa 300 Millionen umfaßt. Dieser Abfall von rund 150 Millionen erklärt sich daraus, daß in der Zwischenzeit etwa 120 Millionen Reichsmarktschulden des Reiches eingelöst worden sind und das Reich auch im übrigen zur Deckung seiner laufenden Bedürfnisse 30 Millionen hat abgeben müssen. Die jetzt noch vorhandenen rund 300 Millionen setzen sich zusammen aus etwa 130 Millionen Mark Erlösen aus der Behebung kurzfristiger Reichsmarktschulden, aus 100 Millionen Mark der Reichsbank, die ebenfalls kurzfristig ist und aus dem Guthaben der Reichsbank (Betriebsfonds) von 10 Millionen. Der dann noch verbleibende Restbetrag von etwa 60 Millionen ist als einziger Betriebsfonds für die innere Verwaltung mit rund 8 Milliarden Jahresumsatz völlig unzureichend, jedoch auf seine dauernde Erfüllung durch kurzfristigen Kredit gerechnet werden muß.

Frage: Dann ist es aber doch nicht recht verständlich, daß das Reich in der Zwischenzeit sein Guthaben aus verfallenen Reichsmarktschulden wegschreiben darf anzuweisen lassen.

Antwort: Dieser Vorgang hängt mit der Gesamtlage unserer Wirtschaft zusammen. Wie Ihnen bekannt, gibt es zurzeit in Deutschland verhältnismäßig viel lösliches Geld. Ich verstehe das Wort 'verhältnismäßig', weil ja das allgemeine Bild Deutschlands das einer ins Ungeheure gestiegenen Geldmenge ist. Für dieses lösliche Geld, das sich bei den Bankenammelt, suchen die Banken naturgemäß kurzfristige Anlage zu haben. Zu diesem Zweck werden in steigendem Maße Reichsmarktschulden des Reiches gen. genommen. Diese Art der Gebäufoahme war insoweit durchzuführen, als eine vorläufige Finanzverwaltung auf die Unklarheit der Finanzlage Rücksicht nehmen und deshalb den nötigen Betriebsfonds herstellen mußte, so lange damit gerechnet werden konnte, daß der Fond, soweit er vom Reich nicht benötigt wurde, der Wirtschaft wieder zugute kam. Um dem Umfange, in dem diese Voraussetzungen nicht mehr zutrafen, hat das Reich die weitere Ausgabe von kurzfristigen Reichsmarktschulden einstellen müssen. Selbstverständlich ist es ja, daß aus dem

Erlös solcher kurzfristiger Schulden die Verpflichtungen des Reiches nicht wirklich bezahlt werden können. Vielmehr kann das Reich Zahlung nur insoweit leisten, als diesen Zahlungen dauerhafte Einnahmen in Gestalt von Steuern oder von langfristigen Anleihen gegenüberstehen.

Frage: Wie stellt sich denn nun unter den von Ihnen soeben entwickelten Gesichtspunkten die wirkliche Finanzlage des Reiches dar? Antwort: Der dem Reichstag kürzlich zugewiesene Haushaltsplan für 1924 weist einen Fehlbetrag von 470 Millionen Mark auf. Wenn das Reich trotzdem noch immer zahlungsfähig geblieben ist, so beruht das darauf, daß in dem seit dem 1. April laufenden Rechnungsjahr noch gewisse Beiträge aus den in den Wintermonaten erhobenen einmaligen Steuern und aus dem Darlehen, die die Rentenbank geleistet hat, dem Reich gegeben hat, entnommen werden konnten. Freilich stehen diesen Beiträgen gegenüber die Aufwendungen, die das Reich, um seine Währung zu erhalten, für den Ankauf der Goldanleihe hat machen müssen. Andererseits ist das Gesamtergebnis der Steuern in den ersten Monaten des Rechnungsjahres etwas günstiger gewesen. Nur dadurch, und durch dauernd fortgesetzte Ausgabenbeschränkungen war es überhaupt möglich, bis zur die Kosten zu tragen, die uns durch die immer noch andauernde Behebung des Rhein- und Ruhrgebietes einschließlich der Beibehaltung der dortigen Zolleinnahmen usw. immer noch auferlegt werden, abgesehen im Sachverständigenrat auf das deutlichste dargelegt ist, daß die deutsche Wirtschaft diese Lasten nicht aufzubringen vermag. Wie Recht das Sachverständigenrat hierin hat, geht daraus hervor, daß die Lage der deutschen Wirtschaft jetzt beginnt, wieder zu verbessern zu werden. Ich brauche nur auf den Widerspruch hinzuweisen, den auch in den Reichstagsverhandlungen der letzten Woche die Fülle der Steuererhöhungs- und Steuererlassengesetze gefunden hat. Im und deshalb mit größter Sorge in die Zukunft blickend. Nach den Schätzungen, die vor einigen Tagen gemacht wurden, wird das Reich am 1. Oktober einen Fehlbetrag von etwa 140 Millionen Mark haben, zu dessen Abdeckung weder Steuern noch langfristige Anleihen bisher in Aussicht stehen.

Frage: Ist diesen voraussetzlichen Fehlbetrag die Summe eingerechnet, die das Reich sich bereit erklärt hat zur Erwidmung der Zolltariffanpassungen an Kohlen der Ruhrkohlenbezugsstelle als Beitrag zur Verbilligung zu stellen? Antwort: Dieser Betrag ist in die Summe selbstverständlich nicht eingerechnet, da nach allen Nachrichten, die bis dahin aus dem Auslande vorliegen, die Reichsregierung vor einigen Tagen nicht damit gerechnet hat, daß Frankreich und Belgien trotz der bevorstehenden Neueinrichtung der Reparationsfrage während des Monats Juli die unverrückte Weiterlieferung der bisherigen Kohlen- und Koks mengen, und zwar ohne französische und belgische finanzielle Beiträge verlangen würden. Nur um vor aller Welt zu zeigen, daß Deutschland aus äußerer Anstrengungen zu machen bereit ist, um die Ziele des Sachverständigenrats erreicht zu sehen, hat die Reichsregierung sich zu einer Selbstbeschränkung im Juli an die Industrie entschlossen, für die eine finanzielle Berechtigung in keiner Weise besteht. Die Frage der Deckung wird nicht geringe Schwierigkeiten bereiten.

### Die französischen Nationalisten und die deutsche Antwortnote

#### Poincarés Offensive gegen Herriot

V Paris, 1. Juli. (Von unsem Pariser Vertreter.) Den französischen Militärs ist die deutsche Antwortnote ein schwarzer Fleck. Solange man die Kontrolle der deutschen Rüstungen verweigert, können unantastbare Schiedsverfahren in Umlauf gesetzt werden. Die nationalistische Drohung begründet ihre Bedenken für die Aufrechterhaltung der 18monatlichen Dienstpflicht in Frankreich und die Währungsstellung von Kanonen und Munition in Deutschland insofern zum Krieg rufe. Jetzt droht die Hehner, die im Solde der Geschichtsfabrikanten stehen, eine Niederlage, da sie die Gefahr voraussehen, bereiten sie sich zu einer neuen Offensive vor. Ihr neuestes Slogan lautet, daß die deutsche Antwort unannehmbar sei und daß eine deutsche Antwort mit diesem Rauscher Streemanns abfertigen lasse, allerdings in Gefahr bräute. In dem Bandelwägen der Deputation kommt man heute nachmittags vornehmlich, daß die Nationalisten in einem hohen Anstuf auf Herriot vorzürhen wollen. Nächste Woche werden sie ihn inerpellieren. Am 8. Juli wird der poincaristische Senator Jass im Senat dem Ministerpräsidenten einlaufe auf die auswärtige Politik und die Entwertung von französischen Fremden stellen. Zwei Tage nachher kommen die Nationalisten in der Kammer zu Wort. Durch diese Taktik hofft die Minderheit in der Kammer und Senat Herriot in eine Verteidigungsstellung zu drücken und ihn vor seiner Reise nach London Verantwortung abzuwägen. Die vielleicht den Versöhnungsplan Herriots zum Scheitern bringen können. Um dieses Ziel arbeiten die Nationalisten hin, wiewohl es nicht wahrscheinlich ist, daß sie Erfolge haben werden. Ihr Führer Poincaré fauliert ihnen, daß sie von Herriot verlangen müßten: Keine Verminderung der Reparationszahl, keine Einschränkung der Nachbeseitigung der Reparationskommission, keine Freisgabe des Artikels 18, dessen sich Poincaré bediente, um die Ruhr zu befreien. Keine Aulose der Reichsmarktschulden, die nach Poincarés Standpunkt noch nicht zu lösen beabsichtigt haben. Wenn Herriot diese Forderungen annimmt oder teilweise vertreten würde, so könne keine Reparationspolitik in die Welt gebracht werden, dem archaischen Vorgehen der Minderheit entgegen entgegen zu treten. Um die Nationalisten im Schach zu halten, beabsichtigt Herriot eine parlamentarische Unterredung mit dem noch dem Waffentilgung bis zum 11. Mai 1924 betrieblenen Reparationspolitik Frankreichs durchzuführen zu lassen. Aus dem Ergebnis einer solchen Unterredung, die von den besten Kennern des Parlaments vorgenommen werden soll, wird die öffentliche Meinung erfahren, welche Maßnahmen eher dem Endziel, nämlich der Herbeiführung deutscher Weltfrieden zu führen; die poincaristische Gewaltpolitik oder die internationale Verständigung und Wiederherstellung der internationalen Front.

Herriot erkennt, daß er die nationalstische Opposition nur durch ein überzeugendes und niederbemühendes Beweismaterial zurückwerfen kann. Unter der Flagge des Vaterlandstums hält ihm die Hehrpreise in den Rücken und beunruhigt durch Warnmeldungen über Deutschlands Kriegspläne die öffentliche Meinung. Gleichwohl warnt sie Herriot, irgend einer Partei des deutschen Parlaments Vertrauen zu schenken. Eine Herriot nahe stehende Persönlichkeit äußert sich heute, der Ministerpräsident wird erst dann ruhig arbeiten können, wenn er einige der dunklen Punkte der Außenpolitik Millerrands und Poincarés ans Licht gezogen hat. Millerrand wird mit Herriot und einigen nationalistischen Deputierten ein Wortgefecht herausgeben, das den Kampf gegen das Kartell fördern soll.

Im Senat hat sich eine neue Parteigruppe, die Demokratisch-radikale Vereinigung, gebildet. Der Fraktion gehören 30 Mitglieder an, die den Reihen der republikanischen Vereinigung und der republikanischen Fraktion entstammen.

#### Die Schuldfrage

V Paris, 1. Juli. (Von unsem Pariser Vertreter.) Mehrere Universitätsprofessoren nationalistischer Gesinnung lesen gegen eine Note, die der Historiker Aulard auf dem Annonc Renard hielt, scharfsten Protest ein. Aulard stellte den Antrag, daß in den französischen Schulbüchern für Geschichte die Schuldfrage auszusprechen werde, da sie nach nicht akzeptiert sei. In dem Protest heißt es: 'Man würde also im Geiste unserer Kinder einen Zweifel entstehen lassen und in Deutschland würde an allen Schulen der hohen Frankreich gelehrt werden. Wir warnen vor diesem schweren völkerverwundenden Irrtum.' Ein vorgelesen erschienenen Artikel, den die Londoner 'Times' am Jahrestag des Versailleser Friedensschlusses publizierten und in dem das Blatt Deutschland für den Kriegsausbruch allein schuldig erklärt, dient den Gegnern Aulards als Waffe.

### Deutschland und der Völkerverbund

#### Die Völkerverbundigen für Aufnahme

Die Entschließung über die Aufnahme Deutschlands in den Völkerverbund mit einem ständigen Sitz im Völkerverbundsrat ist, wie der 'Börsen Zeitung' aus Genf gemeldet wird, von der Tagung der Völkerverbundigen einstimmig angenommen worden. Erst nach der Zustimmung haben die Delegierten Bosens und Rumänien ihre Proteste gegen den Völkerverbund über den Völkerverbund zu Protokoll. Die Behandlung der Frage der Minderheiten komme wegen des Einspruchs von Polen, Rumänien und der Tschechien nicht recht vorwärts. Die erstigen Beratungen über den Gegenstand werden abgebrochen, weil in Sachen des Verfahrens vor dem Völkerverbund die Delegierten Ungarns, Deutsch-Böhmen und Oesterreichs gegen den Polen Professor Strowsky nicht durchbringen können. Die Frage wurde an die ständige Kommission verwiesen.

### Wo saßen die Kriegsschürer?

Von Dr. Karl Meyermann

Das Juliheft der 'Deutschen Rundschau' bringt neue Enthüllungen aus den russischen Archiven, die mit aller nur wünschenswerten Deutlichkeit Poincaré und die russische Diplomatie als die Kriegsschürer an den Pranger stellen und nachweisen, daß auch England mit im Endresultat war. Diese Veröffentlichungen kommen in den Tagen, in denen sich der Nordtag von Gerajevo zum zehnten Male und der Tag von Versailles zum fünften Male jährt, besonders gelegen.

Im Juniheft der 'Deutschen Rundschau' hat Dr. Charles Hartmann durch seine Enthüllungen aus den russischen Archiven nachgewiesen, wie der russische Botschafter in Paris, Sawolsky und der Minister und Staatspräsident Poincaré mit ihren Kriegsschürer immer näher zusammenrückten, um sich schließlich ganz zu finden. In den Enthüllungen war zum Schluss auf die planmäßige Zusammenarbeit des englischen und französischen Generalstabs zur Vorbereitung des Krieges hingewiesen worden. Zu diesem Zweck war ein Brief Sawolskys vom 3. Dezember 1912 zitiert worden. Über schon ein Vierteljahr vorher, am 3. September 1912, hatte der russische Außenminister, Sazonow bei einem Besuch des englischen Königs in Balmoral die starke Kenntnis der deutschfeindlichen Stimmung der führenden Politiker Englands gewonnen. In seinem Bericht an den Zaren schreibt er darüber u. a.:

Am die günstige Gelegenheit auszunutzen, stelle ich in einer meiner Unterredungen mit Sir Edward Grey die direkte Frage: Was dürfen wir von England erwarten im Falle eines Krieges mit Deutschland? Ich betrauchte die Antwort, die außerordentlich bezeichnend, welche ich daraus von der verantwortlichen Persönlichkeit, die Englands auswärtige Politik leitet, erhielt und die später von dem König selbst bestätigt wurde.

Grey erklärte ohne jedes Zögern, daß, sobald der Kriegsausbruch eintrat, England die größtmöglichen Anstrengungen machen würde, um gegen die Marinetriste Deutschlands den vernichtenden Schlag zu führen. Die Frage einer solchen Intervention wäre schon von den verantwortlichen Persönlichkeiten besprochen worden. Aus deren Erwägungen ging hervor, daß, wenn auch die englischen Kriegsschiffe leicht in die Dinee eindringen könnten, die Gefahr besteht, daß sie dort wie in einer Mausefalle eingeschlossen seien, da Deutschlands möglicherweise Dänemark besetzen und dessen Meerengen schließen würde. Aus diesem Grunde würde die englische Marine ihre Operationen auf die Nordsee beschränken.

Herfriedend behältte mir, sobald Sir Edward freigelegt was ich schon von Poincaré erfahren hatte: das Bestehen eines Abkommens zwischen Frankreich und England, durch welches im Falle eines Krieges zwischen Frankreich und Deutschland, England vertraglich die Verpflichtung eingegangen sei, Frankreich nicht nur zur See, sondern auch auf dem Festlande seinen Beistand zu gewähren durch Verschiffung seiner Landtruppen nach dem Kontinent.

Dieselbe Frage berührend, gab der König in einer seiner vertraulichen Unterredungen mit mir seiner Meinung noch schärferen und entschiedeneren Ausdruck als sein Minister. Nachdem er mit offenbarem Zorne die Laiffrage besprochen, daß Deutschland das Festland hätte, seine Seestreife auf die gleiche Höhe mit England zu bringen, rief Seine Majestät aus, daß im Kriegsfalle dies von den verhängnisvollsten Folgen nicht nur für die gesamte deutsche Kriegsschiffe, sondern auch für seinen ganzen Seehandel sein würde. Die Engländer würden sofort jedesweches ihrer Handelschiffe zum Sinken bringen, das in ihre Hände fiele. 'We shall sink every single ship we shall get hold of!' Diese Worte brühen nicht nur die persönlichen Archive des Königs aus, sondern auch die der gesamten öffentlichen Meinung Englands gegen Deutschland.

Mit dieser Kenntnis der englischen Stimmung in der Kriegsschürer und später in den Archiven schmiedeten die Kriegstreiber an der Seine und an der Reno ihre Pläne weiter, wie sie die Kriegsschürer auf dem Boden Mitteleuropas entfesselten und Europa, die ganze Welt in Flammen setzen wollten.

Man war sich hinter den Pariser Kulisen, wo man sich bemüht auf den Krieg hinsteuerte, auch durchaus klar darüber, wie man schrittweise in ihn hineintraten und die Bevölkerung nach sich ziehen wollte. Am 30. August 12. September 1912 hatte nämlich Sawolsky schon an seinen Minister Sazonow geschrieben: 'Poincaré erkennt, daß ein Ereignis, wie der Angriff seitens Oesterreichs gegen Serbien, Ausbruch zwingen müßte, seine passive Haltung vorerst in ein diplomatisches Dazwischentreten zu wandeln, um später zu einer bewaffneten Aktion gegen die Türkei und Oesterreich überzugehen.'

Die französische Regierung hat uns wiederholt die Versicherung gegeben, daß, sobald sich ähnliche Hypothesen in die Tat umsetzen, sie auf den treuesten und energigsten diplomatischen Beistand Frankreichs zählen können. Jedoch wäre es in einem solchen Falle der französischen Regierung unmöglich, dem Parlament und der öffentlichen Meinung die Genehmigung zu militärischen Maßnahmen zu erlangen. Wollte es jedoch, den Konflikt mit Oesterreich zu einem bewaffneten Eingreifen Deutschlands auszubauen, so würde dies genügen, um von der französischen Regierung als Gefas-förderis betrachtet zu werden, und sie würde alsdann keinen Augenblick zögern, ihre volle Pflicht gegenüber Rußland zu erfüllen.'

So also plante man von vornherein die Laiffrage zu verdecken, um Deutschland ins Irreth zu sehen. In einem Brief vom 17./18. Januar 1913 bestätigte Sawolsky seinem Petersburgischen Chef, nachmalig:

Die französische Regierung ist fest entschlossen, ihre vollen Verpflichtungen als unser Bundesgenosse in jedweder Richtung zu erfüllen. Sie erkennt mit vollem Bewußtsein die Tragweite und mit der ganzen nötigen Robustität, daß das Endresultat der heutigen Schwierigkeiten die Notwendigkeit des Eintritts Frankreichs in den Weltkrieg sein könnte. Der Augenblick für Frankreich, um den Augen zu sehen, ist mit aller Präzision durch die Anwesenheit der Rüstungskonvention bestimmt, und von diesem Gesichtspunkte aus werden die französischen Minister nicht den geringsten Zweifel, nicht die geringste Besorgnis aufkommen lassen.'

So die Kriegsschürer Sawolsky und Poincaré. Und wie dachte man zur gleichen Zeit in Berlin? Der dortige russische Botschafter Serdjew gibt darüber Auskunft. In einem Brief an Sazonow schreibt er:

Je acrivischer ich die Dinge zu beurteilen lade, je mehr ich zögere und in Erfahrung bringe, desto fester muß sich mir die Überzeugung aufdrängen, daß man hier in Berlin im jedesweden Falle einen Krieg vermeiden will und daß man dies fröhlich

Abgaben auch Wien mitgeteilt hat. Aus geheimer Quelle habe ich erfahren, daß während des Berliner Aufenthaltes des Kronprinzen Erzherzog Franz Ferdinand die Frage eines möglichen Konfliktes mit England und Frankreich in Erwägung gezogen wurde. Die deutsche Regierung hat ihm bezeugt, daß in einem solchen Falle ein günstiger Ausgang sehr zweifelhaft erscheine, besonders wenn man die wichtigen militärischen Fortschritte Russlands in den letzten Jahren in Betracht zieht. Andererseits sei auch das französische Heer jetzt auf einer Höhe, die es vorher nie erreicht hatte. Das England anbetrifft, so ist Deutschland durchaus nicht von dessen Neutralität überzeugt. Die deutsche Regierung gibt sich gegenüber allen diesen Tatsachen keiner Selbsttäuschung hin. Sie weiß, daß in Rußland wie in Frankreich ein Krieg mit Deutschland—letzteres die öffentliche Meinung für sich habe, und bedenkt, daß selbst im Falle eines vollständigen Sieges der deutsche Handel auf Jahre hinaus völlig ruiniert werde, wenn England sich am Krieg beteiligt.

Bei der zehnjährigen Wiederkehr des Ereignisses, durch das in Sarajewo der Weltkrieg entzündet wurde, sind diese Dokumente der Schweiz, Frankreich und Italien als der Weltöffentlichkeit Deutschlands von überwältigender Uebersetzungskraft.

### Die Vorarbeiten zur Durchführung des Dawesplanes

Die Guaranty Trust Company hat eine Uebersicht über die Fortschritte der Vorarbeiten zur Durchführung des Dawesplans herausgegeben. Es wird darin dem Zweifel Ausdruck gegeben, ob das Gesetz über die im Dawesplan geforderte Eisenbahn-Einstaatlichung die erforderliche Zweidrittelmehrheit im deutschen Reichstag erhalten werde. Deutschland wird als ein kapitalistisches Land ohne Kapital beschreiben, das einen komplizierten Wirtschaftssystem besitzt ohne die nötigen Mittel, ihn auch gebrauchen zu können. Es wird in der Uebersicht betont, daß die Schwierigkeiten der Industrie zurückzuführen seien auf die Rentenschwäche und die Kreditbeschränkungen. Es wird ferner auf die Aufschaltung Ausland gegeben, daß die Anleihebedingungen wegen ihrer Deutlichkeit, die in Italien und anderswo viel Geld verschwendet haben, vielfach ungerechtfertigt seien, wenn auch die Kriegs- und Nachkriegsgewinne in Deutschland, wie überall verurteilt werden sollen.

### Sachverständigenbericht und Arbeitszeit

Wie Haas meldet, haben der englische und der französische Arbeitsminister bei ihrer gestrigen Beratung sich dahin ausgesprochen, daß sich der Sachverständigenbericht auf dem Gedanken der Beibehaltung des Achtstundentages und der gleichmäßigen Befolgung aller Industrienationen aufbaut. Der Plan der Reparationszahlungen sei in keiner Weise abhängig von der Verlängerung der Arbeitszeit.

Hierzu wird uns von unrichtiger Seite mitgeteilt: Bekanntheit an dieser Meldung ist der Versuch, die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens als Voraussetzung des Sachverständigengutachtens und seiner Durchführung zu konstruieren, ein Versuch, den Herr Thomas schon auf der gegenwärtig togenden Arbeitskonferenz in Genf unternommen hat. Schon damals hat die deutsche Regierung darauf hingewiesen, daß der Sachverständigenbericht die Arbeitszeit und das Washingtoner Abkommen überhaupt nicht erwähnt und daß zur Zeit der Abfassung des Gutachtens bereits die Beratungen über die Arbeitszeit vom Dezember besond und die längere Arbeitszeit schon seit Monaten in Anwendung war.

Neuer zuzufügen hat Japan die Einladung zur Teilnahme an der bevorstehenden interalliierten Konferenz in London angenommen. Es wird durch seinen Pariser und seinen Londoner Botschafter vertreten sein.

### Rücktritt des französischen Delegierten im Ausschuss für die deutschen Industrieobligationen

Der französische Delegierte in dem Ausschuss für die deutschen Industrieobligationen, Descomps ist von seinem Amt zurückgetreten. In unrichtigen Kreisen ist man allgemein der Auffassung, daß der Grund seines Rücktritts in vollkommen übertriebenen Forderungen der Delegierten zu suchen sei.

Dazu wird dem „S. L.“ geschrieben: Die Meldung läßt ebenso überraschend wie unerwünscht. Deutschland hätte schon im Hinblick auf die Wirtschaften ein Interesse an einer baldigen Lösung der Reparationsfrage und an der Beschleunigung der mit dem Sachverständigengutachten zusammenhängenden Arbeiten. Es sei zu beklagen, daß der Rücktritt Descomps eine unerwünschte Verzögerung mit sich bringen könnte.

### Der bayerische Handelsminister über das Gutachten

Im Verfassungsausschuss des bayerischen Landtags erklärte der bayerische Handelsminister Dr. v. Reinel über die Frage der Eisenbahnen u. a.: Die bayerische Regierung gehe mit den Koalitionsparteien dahin ein, daß die Zustimmung der Regierung über den Übergang der Eisenbahnen auf das Reich unbedingt notwendig sei. Das heiße: die Länder mit früherem Eisenbahnbau müssen prüfen, ob sie auch dem neuen Besitzer gleiches Vertrauen schenken könnten. Der Minister teilte mit, daß demnächst Verhandlungen wegen Zulassungen über die bayerischen Eisenbahnen stattfinden werden.

Zum Dawesplan erklärte der Minister: Die außerordentlichen, fast unbegreiflichen Fehler, die im Gutachten gemacht worden seien, seien nicht zu verkennen. Eine Ueberschätzung der deutschen Leistungsfähigkeit, wie sie im Gutachten vorliege, sei schwer begrifflich. Man habe aber sehr zu wählen: nicht zwischen „annehmen“ und „unannehmen“, sondern zwischen dem kleineren und dem größeren Uebel. Man müsse versuchen, aus dem Sachverständigengutachten das Beste herauszuholen. Man besinne sich in der Lage eines Ertrinkenden, dem man eine Rettungsplanke reiche, die ihm aber nicht gefalle, da sie Kräfte habe, die verorten. Die Rettung sei möglich, wenn auf der Grundlage des Gutachtens etwas Brauchbares für das Reich herauszuholen sei. Unersitzlich wäre es für das deutsche Volk allerdings, wenn eine ausländische Mehrheit im Verwaltungsrat der Eisenbahngesellschaft über das Schicksal der Eisenbahnen bestimmen könnte. Er könne sich auch nicht denken, daß das Reich dem zustimme. Auf Grund des Sachverständigengutachtens werde man verständnisvoll suchen müssen, ob bei ihm die Möglichkeit zu einer Besserung der Zukunft des deutschen Volkes besteht.

### Der Reichslandbund gegen die Regierung

Der Reichslandbund veröffentlicht eine überaus selbstschonende Gegenerklärung auf die Ausführungen der Regierung vom letzten Freitag. Der Reichslandbund findet, daß es der Regierung zwar nicht an der Erkenntnis für die trostlose Lage des Reiches fehle, daß sie aber an dem Mut zu Taten, den der Landbund auch für die Zukunft vermisst. Folgt dann immer mit der beschwörenden Formel „wir vermischen“ die Aufzählung aller Dingen, was der Reichslandbund an der Finanz-, der Steuer- und der Tarifpolitik zu tabeln hat, bis es schließlich im Stillstand steht: „Der Reichslandbund fordert Ausrüstung, ob mit dem Handeln solange geögert werden soll, bis die deutsche Landwirtschaft durch vollständige Aufhebung ihres Schicksals, insbesondere auch infolge der schmerzhaften Steuerpolitik zugrunde gerichtet ist. Die Bezeugung der Annahme des Dawes-Gutachtens in der Regierungserklärung mit der Vinderung der Not der Landwirtschaft hätte, verächtlich der Reichslandbund, besonders erbitternd gemittelt.“

### Die Rückkehr der Ausgewiesenen

#### Die Wohnungsnot im besetzten Gebiet

Der Reichsausschuss für die besetzten Gebiete wurde gestern die Ausgewiesenenfrage behandelt. Von der Reichsregierung wurde betont, daß von den Ausgewiesenen höchstens 10 Prozent in ihre Wohnungen zurückkehren könnten, da der größte Teil der Wohnungen von der französischen Militärbehörde beschlagnahmt sei. In der Diskussion kam zum Ausdruck, daß die vom Kabinett Herriot vorgenommene Zurücknahme der Ausweisungen systematisch durch die rigorosen Maßnahmen der französischen Militärbehörden, insbesondere durch neuerliche Beschlagnahmungen der letzten noch zur Verfügung stehenden Wohnungen im besetzten Gebiet hintertrieben werde. (Solch nicht einmal damit gerechnet werden könne, daß 10 Prozent der Ausgewiesenen ihre Wohnungen wieder erhalten. Angenommen wurde ein Antrag des Zentrumsausschusses, in dem der Ausschuss des Zentrumsausschusses unter Hinweis auf die eben besagte weitere Anforderung von weiteren 400 Wohnungen in Wiesbaden bei der französischen Regierung umgehend energische Vorstellungen zu erheben, daß weitere Wohnungsbeschlagnahmungen im besetzten Gebiet unterbleiben.)

Ferner wurde ein Antrag des Deutschnationalen Numm angenommen, der verlangt, daß die Regierung möglichst sofort Vorstellungen dahin erhebt, daß durch Verminderung der Besatzungstruppen, die die Rückkehr der bisher Ausgewiesenen möglich mache, werde.

Da eine große Anzahl in der Sache gleichgerichtete Anträge der verschiedenen Parteien dem Ausschuss in der Ausgewiesenenfrage vorlag, wurde von einem Unterausschuss ein Antrag formuliert, der die Forderungen der Parteien einheitlich zum Ausdruck bringt. Auf Grund dessen beschloß der Ausschuss folgendes:

Mit ihren Familien ausgewiesene Beamte, Angestellte und Arbeiter des Reiches, der Länder und Gemeinden, die im besetzten Gebiet entsprechende Wohnung und Beschäftigung haben, sind, soweit nicht dringende Dienstinteressen dem entgegensteht, erst zur Rückkehr verpflichtet, wenn ihnen ausreichende Wohnung und entsprechende Beschäftigung zugewiesen werden kann. Die Reichsregierung hat nach Möglichkeit dafür zu sorgen, daß den Ausgewiesenen, Bedrängten und entlassenen Angehörigen Wohnraum zur Verfügung gestellt werden. Die im besetzten Gebiet begonnenen 1500 bis 2000 reichhaltigen Wohnungsbauten sind beschleunigt zu vollenden. Die Mittel sind bereit zu stellen und ebenfalls erforderlichenfalls den Gemeinden zur Förderung des Wohnungsbaues Kredite zur Verfügung zu stellen.

Der Wohnungsaustausch zwischen dem besetzten und unbefetzten Gebiet ist inaktiv zu fördern. Zum Schluß nahm der Ausschuss eine Entschließung an, nach dem die Reichsregierung in Angelegenheit Weise darauf hinzuwirken soll, daß die Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden sich für jeden Ausgewiesenen ohne Rücksicht auf seine politische Stellung für die Erteilung der Rückkehrerlaubnis mit allen Mitteln einsetzen und den zur Rückkehr zugelassenen Ausgewiesenen jede amtliche und außeramtliche Unterstützung und Erleichterung zur Rückkehr gewähren.

Nach dem in der Diskussion auch der Reichsminister für die besetzten Gebiete Dr. Heule über die Richtlinien für die Ausgewiesenen gesprochen hatte, beschloß der Ausschuss diese Richtlinien dahin zu ergänzen, daß für Ausgewiesene mit mobilerer Wohnung mit hohem Angehörigkeit neben der Bezahlung der Wiederherstellung noch eine Zulage für erhaltene Haushaltsführung in Höhe 2/10 des Tagelohnes der Ausgewiesenen gewährt wird. Auch soll vor jeder Aenderung der Richtlinien an Ungünstigen der Ausgewiesenen dem Reichsausschuss für die besetzten Gebiete Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben werden. Für die aus dem besetzten Gebiet ausgewiesenen und dorthin zurückkehrenden Beamten der Besatzungsgruppen 1 bis 8 sollen die Tage-, Beschäftigungs-, Versorgungs- und Reisegebühren nach der Stufe 2 der seit 1. Dezember 1924 geltenden Verordnung berechnet werden.

Zu den gestrigen Verhandlungen im Reichsausschuss für die besetzten Gebiete erfahren wir von unrichtiger Seite, daß die Wohnungsfrage der Ausgewiesenen Gegenstand diplomatischer Vorstellungen gewesen ist. Im übrigen darf auch daraus hingewiesen werden, daß das Reichsministerium für die besetzten Gebiete sich der Frage bereits angenommen hat. Wie wir erfahren wird heute im Reichsministerium für die besetzten Gebiete eine Besprechung mit den in Frage kommenden Instanzen stattfinden, um im Einvernehmen mit den Landesregierungen dafür zu sorgen, daß von deutscher Seite alles geschieht, um den Ausgewiesenen die Rückkehr zu ermöglichen.

Die Maßnahmen französischer Militärinstanzen, die in letzter Zeit erfolgt sind, haben, wie wir erfahren, ebenfalls zu deutschen Vorstellungen in Paris geführt. U. a. ist sofort telegraphisch nach Befehlwerden der Beschlagnahme des Düsseldorfener Regierungsgeländes und der neuen Wohnungsauforderungen der Franzosen in Wiesbaden Anweisung gegeben worden, daß wegen dieser unbegründeten Erklärungen und „Sanktionen“ von der deutschen Botschaft in Paris Protest erhoben wird.

### Letzte Rundfunkmeldungen

#### (Auffommern durch die eigene Radioanlage des Mannheimer General-Anzeigers)

##### Magniot Vorsitzender des Heeresauschusses

— Paris, 2. Juli. Anlässlich der Wahl des früheren Kriegsministers Magniot zum Vorsitzenden des Heeresauschusses der Kammer spricht „Deuxre“ von einem Verrat einzelner Abgeordneter des Blocks der Linken. Die Rede wurde ohne Zweifel dem Vorsitzenden zu verstehen geben, daß seine Wahl auf einem Ueberrumpelungsversuch beruhe und somit nicht den nötigen Rückhalt habe. Treue Magniot nicht zurück, so werde eine Abstimmung über die auswärtigen Fragen sein, daß der Heeresauschuss keinen richtigen Vorsitzenden habe. Den absehbaren Abstimmungen, die den Verrat erleichtern, müsse ein Ende bereitet werden.

##### Die ungarische Anleihe

— Paris, 2. Juli. Wie der „Newport Herald“ aus Washington meldet, gibt heute das Bankhaus Soener u. Co. gemeinsam mit der Equibank Trust Company 7 1/2 Millionen der ungarischen Anleihe heraus, an der Chase Security Company mit einem anderen Betrag beteiligt ist. Aufnahmen mit der Ankündigung, daß in Danemark ein anderer Dollaranleihe ausgeben werden soll, wird die Nachricht als ein Anzeichen für ein beträchtliches Wiedererwachen des Interesses an der europäischen Währungsfrage betrachtet.

##### Oberhaus gegen Unterhaus

— London, 2. Juli. Das Oberhaus hat eine Regierungsproklamation abgelehnt, die bereits im Unterhaus angenommen war und die gewisse Kriegsausschüsse für Industriellen, die von den Gerichten für unantastbar erklärt worden sind, Gültigkeit verleiht. Es handelt sich um 18 Millionen Pfund Sterling. Solange kein entsprechendes Gesetz angenommen ist, haben diese Industrien das Recht, die Regierung nicht zwingen auf Rückzahlung des Kapitals zu verzichten, wie dies bereits wiederholt geschehen ist. Das Gesetz kann nunmehr frühestens 1925 wieder eingebracht werden.

— Paris, 2. Juli. Der Kriegsminister ist von zwei Abgeordneten schriftlich erbeten worden, die Barabé zum Nationalrat am 14. Juli aus Sparsamkeitsgründen ausfallen zu lassen.

— München, 2. Juli. Der bisherige bayerische Ministerpräsident v. Antikow hat sich gestern von den Beamten des Ministeriums verabschiedet. Der neue Ministerpräsident Heib hat seine Funktionen bereits übernommen.

— London, 2. Juli. Reuter meldet aus Peking den Rücktritt des chinesischen Kabinetts.

### Deutsches Reich

#### Der Verrat an Leo Schlageter

Unter dem Verdacht, den Kaufmann Albert Leo Schlageter an die Franzosen im Ruhrgebiet verraten und dadurch seinen Tod herbeigeführt zu haben, wurden, wie erinnerlich, im vorigen Jahre die Korbhändler Otto Schneider und Alfred Göge in Elberfeld verhaftet. Ihre Festnahme erfolgte aufgrund von Aussagen eines Anhängers einer anderen Rechtsorganisation, eines angeblichen Kameraden von Schlageter, der die Behauptung aufstellte, daß die beiden Korbhändler auf Befehl ihres Chefs, des Oberleutnants Korbhändler Schlageter an die Franzosen verraten hätten, um auf diese Weise die Organisation „Hauerklein“, der Schlageter angehörte, und mit der Korbhändler angeblich verknüpft war, auflösen zu lassen. Diese Darstellung wurde von mehreren Zeugen zunächst unter Eid bestätigt; später aber widerrufen. Nunmehr sind Schneider und Göge nach 14monatiger Haft wieder auf freien Fuß gesetzt worden, da die Ermittlungen nichts Befriedigendes gegen sie ergeben haben. Der eigentliche Urheber des Verrats an Schlageter soll auch Schneider heißen, aber mit zeitlich verhafteten Korbhändler nicht identisch sein. Wegen die Zeugen, die unter Eid die Beschuldigung gegen sie erhoben haben, schwören, wie wir hören, ein Meineidsverfahren.

### Badische Politik

#### Aus dem Landtag

##### Baubundkredit und Gebäudebesitzersteuer vor dem Plenum

Zu Beginn der gestrigen Landtagssitzung wurden zunächst einige kurze Anfragen beantwortet.

Von der Deutschen Volkspartei war eine Anfrage über das Verbot des Kraftfahrzeugverkehrs an Sonntagen eingereicht worden. Von Regierungseite wurde dazu bemerkt, eine einheitliche Regelung für das ganze Land lasse sich nicht durchführen; schon im Interesse des Fremdenverkehrs könne man dem Kraftfahrzeugverkehr keine zu großen Beschränkungen auferlegen.

Auf eine Anfrage von deutschnationaler Seite über eine Verlängerung der Schonzeiten für Wald wurde geantwortet, eine Verlängerung sei nicht notwendig, denn es ließe zu erwarten, daß sich in den kommenden Jahren die Waldstandverhältnisse wieder bessern werden.

Nach Eintritt in die Tagesordnung wurde der Beschlussempfehlung über die Reorganisierung (Gewährung von Darlehen an die Radar A. G. in Stuttgart) einstimmig angenommen.

Der Antrag des Staatsministeriums auf Vorabewilligung einiger Anforderungen für dringliche Bauarbeiten im Staatsvoranschlag 1924/25 gab dem Abgeordneten Weber (D.F.P.), Abgeordneter Mayer-Karlsruhe (Deutsch-Nal.) und Oberländer (Ztr.) Anlaß zu beanstanden, daß ein Betrag von 200 000 Mark dem Baubund als Darlehen gegeben werde.

Arbeitsminister Dr. Engler verteidigte diese Anforderung und stellte fest, daß der Badische Baubund finanziell durchaus gesund ist. Es handle sich jetzt darum, einen Bankrott abzuwenden, der den Baubund schwer belaste und zugleich dem Baubund Gelegenheit zu geben, Wädel zu beschaffen. Von der Anschaffung oder dem Verkauf von Luxusmöbel könne keine Rede sein.

Die Abg. Fiegelmeier (Ztr.) und Dr. Scholer (Ztr.) sprachen sich für die Anforderung von 200 000 Mark für den Baubund aus.

Abg. Hummel (Dem.) bemerkte, eine solche gemeinsinnige Einrichtung, wie sie der Baubund darstelle, sollte erhalten bleiben. Ebenso sprach Frau Abg. Anger (Rom.) für die Anforderung, während sie von Abg. v. Au (Wirtsch. Vereinigung) abgelehnt wurde.

Abg. Oberländer (Ztr.) stellte fest, daß die Gemeinden kein Interesse mehr am Baubund haben.

Nach weiteren Ausführungen der Abg. Frau Dr. Bernays (Dt. Volkspartei) und Arnold (Soz.) stellte der Arbeitsminister nochmals fest, daß während der Inflationszeit nur ein ganz geringer Bruchteil von Wädeln von auswärts bezogen worden ist und daß keine ausgesprochenen Luxusmöbel verkauft wurden.

Bei der Abstimmung wurden die Anträge der Abgg. Weber (Deutsche Volksp.) und Oberländer (Ztr.), die Position nochmals an den Haushaltsausschuss zurückzuverweisen, abgelehnt. Eine von dem Abg. Wittmann (Ztr.) und Gen. eingebrachte Entschließung, der Baubund solle nur einfache Wädel führen und diese nur vom einheimischen Wädelgewerbe herstellen lassen, sowie keine ausgesprochenen Luxusmöbel verkaufen, wurde mit Mehrheit angenommen.

Darauf wurde die gesamte Position von 200 000 Mark Darlehen an den Baubund gegen die Stimmen der Deutschen Volkspartei, des Landbundes und der Deutschnationalen angenommen.

Die übrigen Anforderungen für dringliche Bauarbeiten wurden ebenfalls angenommen.

Die beiden Rotgesetze über die 4. und 5. Aenderung des Grund- und Gewerbesteuergesetzes wurden mit Mehrheit genehmigt.

Zu Beginn der Nachmittagsitzung wurde von deutschnationaler Seite folgende kurze Anfrage gestellt:

Wie begründet es die Regierung, daß offizielle Tagungen (a m e r a d i a t i s c h e V e r e i n i g u n g e n, also Soldaten, andere, und zwar strenger einschränkender behandelt werden, als parteipolitisch eingestellte sog. Sports, Befang- und ähnliche Vereine?

Von Regierungseite wurde dazu erklärt, daß in einem Fall, der bekannt geworden, die Regierung nachträglich eingeschritten und entsprechend vorgegangen sei.

Es folgt die Beratung des

##### Gesetzentwurfs über eine außerordentliche Steuer der bebauten Grundstücke (Gebäudebesitzersteuer)

Der Berichterstatter Abg. Narum (Soz.) berichtet über das Gesetz, das seit 7 Wochen (1) im Haushaltsausschuss ergebnislos beraten worden ist. Auch ein vom Ausschuss eingehender Interpellationsantrag konnte nichts ausrichten. Erst, als die Regierung ein anderes gestelltes Verlage unterbreitete, wurde in der vergangenen Woche unter den Regierungsparteien ein Kompromiß erzielt.

In der Aussprache legte Abg. Schmidt-Barlause (Ztr.) den Grundpunkt seiner Forderung dar und streifte dabei auch die durch den Beamtenabbau ersparten Ersparnisse, die nicht so groß seien, wie man erwartete. Durch den Abbau der 13 Bezirkämter zum Beispiel sei nur eine Ersparnis von einer halben Million Mark erzielt worden, berechnet an den Aprilgehaltern. Was ist das im Vergleich zu den 88 Millionen überhaupt, die durch Steuern ausgedrückt werden sollen? Redner erzählt dann einzelne Bestimmungen des Gesetzes und wünscht dabei u. a. daß dem Hausbesitzer eine Preisentlastung zukomme. Eine absolute Freilassung der Landwirtschaft von der Steuer gehe nicht an. Die Zentrumsfraktion werde dem Gesetz zustimmen.

Abg. Schmidt-Breiten (Dnl.) lehnt die Sondersteuer ab. Die guten Zeiten der Landwirtschaft sind längst vorbei. Die Landwirtschaft steht schon an und für sich unter einer starken Steuerlast und deshalb sollten die landwirtschaftlichen Gebäude von dieser Sondersteuer freigegeben werden. Die landwirtschaftlichen Gebäude heute das Doppelte an Steuern, das man sonst in Deutschland zahlt. Auch die Rückzahlung der Grund- und Gewerbesteuer mit der Gebäudesteuer können wir ab.

Abg. Klüber (Landbund) bekämpft das Gesetz. Die vorliegende Steuer trifft den Lebensnerv der Landwirtschaft. Diese ist heute gar nicht mehr in der Lage, solche Steuern ohne Auffassung des Betriebsvermögens und ohne Quantitätsnahme der Substanz zu bezahlen.

##### Neuwahlen in England?

In englischen parlamentarischen Kreisen erklärt man, daß sofort nach der Abstimmung über das Budget alle politischen Parteien sich für die Neuwahlen vorbereiten werden. Sowohl in liberalen wie in konservativen Kreisen hält man dieselben im Monat August für wahrscheinlich. — Schatzkanzler Snowden erklärte im Unterhaus, daß die Regierung gegenwärtig die Frage prüft, in welcher Art die Vorlage, bei der die Regierung gestern eine Resolution erlassen hat, gestiftet werden soll.

# Beratung des Städtischen Voranschlags für 1924

## am Dienstag, 2. Juli 1924

### Fünfter Tag

Wir hatten bereits im gestrigen Mittagsblatt darauf verwiesen, daß das Interesse an den Verhandlungen zu erlahmen drohe. Diese Feststellung bezieht sich auch auf den Bürgerausschuß selbst, denn in der gestrigen Nachmittags Sitzung, dem fünften Verhandlungstage, waren die Stadtverordneten außerordentlich schwach vertreten. Von den Kommunisten hatten sich gar nur drei eingeschunden, die aber dafür um so lauter von sich reden machten. Und trotz des kläglichsten Beschlusses — auf der Galerie saßen überhaupt nur ein paar Menschen — nahm die gestrige Nachmittags-Sitzung nach verschiedenen Gesichtspunkten hin einen bemerkenswerten und charakteristischen Verlauf. Anstelle der monotonen und oft sich schleppend fortbewegenden Aussprache, in der über alle möglichen Dinge nur nicht zum Ende gesprochen wurde, setzte plötzlich nach anfänglichem Vorgespräch eine schärfere, stellenweise oft gabelige Tonart zwischen rechts und links ein. Der Kampf ging um Ideale, um Weltanschauungen. Wir aber fremden uns ob dieses Kampfes, er erlebte, regte an und wendete den Bürgerausschuß aus seiner oft bald einschläfernden Ruhe etwas auf. Das Redewort war erregt, stellenweise nahezu feindselig. Gejöhln hat uns insbesondere die glänzende Haltung des Stadtoberhauptes, der gestern treffende Worte fand und gut auf alle Angriffe parierte. Mit eigener Ruhe wies der Oberbürgermeister Beschuldigungen und Vorwürfe zurück und erwähnte eine gar zu radikale Kommunistin, die gestern eine Volkverleumdungsrede gegen die Reaktion von rechts hielt, mit ihren Ausführungen den Bürgerausschuß nicht zu blamieren.

In Beginn der Sitzung hatte es den Anschein, als ob sich die Debatte ganz im Fahrwasser der Sitzungstage der letzten Woche bewegen würde. Der Stadt. Greim sorgte aber bald für die heitere Seite. Er trat für die Entlastung der Schulleute von Arbeiten ein, die nach seiner Ansicht die Lehrer ausführen könnten. St. V. Herzog bedankte sich für eine solche Zumutung und stellte dabei den Wert und die Zweckmäßigkeit des Rednerwortes fest. Greim denke jedenfalls an die Volkzählung, wo die Lehrer einmal mitgehen müssen.

Nach diesem kleinen und unheimlichen aber bezeichnenden Intermezzo ging von der Position „Polizei“ zu Position „Arbeitsamt“. Hier wurde die Sache bereits etwas brennlicher Natur. Der Kommunist Krenzer machte dem Arbeitsamt den Vorwurf, daß es dort unrettbar zugehe; ferner kritisierte er die niedere Entlohnung der Kantinenarbeiter. Da ihm für seine Vorwürfe jegliche Beweise fehlten, so hatte Stadtrat Bötzler in der Zurückweisung der Vorwürfe leichtes Spiel. Obwohl die Kommunisten nur zu dritt waren, so schrien sie in der Unterbrechung der rechtsstehenden Redner das Heulen und Weinen. Das ist, gelinde gesagt, ein Unflug. Man muß die Kommunisten ja auch anhören, obwohl ihre oppositionellen Ausführungen doch alle über einen Kamm geschoren sind. Von Stadtrat Bötzler hörte man dabei, daß die Kantinenarbeiter noch besser bezahlt sind, wie die Bonnarbeiter, da erstere auch die Zeit bei Regenwetter veräußert erhalten und Pflichten erfüllen noch eine Gegenleistung in Gestalt von Freistücken gewährt wird. Trotzdem muß oder geschimpft werden, schon aus Prinzip.

Leider würden die schon oft wiederholten Ermahnungen zur Kürze von verschiedenen Rednern wieder vollständig ignoriert. Die Redeweisheit ging sogar soweit, daß der sozialdemokratische St. Fröhlich Urteile des Gewerbegerichts kritisierte. St. Dr. Wolfhard erwiderte hierauf ganz treffend, daß eine solche Kritik doch nicht zur Sache gehört. Der Bürgerausschuß bedachte sich dafür, daß hier jeder Sachverhalt und jedes Gerichtsurteil dreifach geprüft werde. Mit Hilfe der Sozialdemokraten gelang es Krenzer, nochmals das Wort zu erhalten, das ihm der Oberbürgermeister verweigert hatte. Krenzer belohnte seinen Freunden von links diesen Liebesdienst schlecht, denn er eröffnete eine Schimpftirade gegen die Sozialdemokraten, die diese aber vollständig ruhig ließ. Selbst die Angriffe des schadenfreudigen St. Greim prallten wirkungslos bei den Genossen ab, als dieser davon redete, daß früher nur die ganz „wachsamen“ in das Fabrikat hinein durften, die anderen aber draußen stehen bleiben mußten.

Seit drei Dezennien war es gestern das erste Mal, daß die „Schule“ ohne Stadtschulrat Prof. Dr. Siedinger beraten wurde. Dr. Siedinger, der beim Bürgerausschuß immer ein willkürliches Ohr fand, wurde lächerlich vernicht. An seiner Stelle vertrat St. Hertel (Soz.) diese Position in einer längeren Rede. Wie Dr. Siedinger, so trat auch er mit warmen Worten für die Förderung der Volksschule ein. Er gab zunächst ein generelles Bild über die gegenwärtigen Verhältnisse an der Volksschule, um dann die einzelnen Fragen eingehender zu behandeln. Er besprach auch den Abbau in der Schule, der in der Mannheimer Volksschule 13% und an den höheren Schulen 7% des Lehrkörpers ausmache. Es müsse anerkannt werden, daß man trotz des Abbaus in Mannheim noch erträgliche Schulverhältnisse habe. Hierfür gebühre der Stadtvorwaltung herzlichen Dank.

Am Laufe der Aussprache gedachte das Stadtoberhaupt ebenfalls des früheren verdienstvollen Leiters der Volksschule, Stadtschulrat Dr. Siedinger, mit der Versicherung, daß dessen Wert fortgesetzt werde. Bei Besprechung des Abbaus der Schule mußte auch berücksichtigt werden, daß die Schülerzahl bei der Volksschule von

30.050 auf 27.237 zurückgegangen, während in den höheren Schulen ein Zuwachs von einigen Hundert Schülern festzustellen ist. Trotzdem sei bei den höheren Schulen eigentlich mehr abgebaut worden, wie bei der Volksschule. Der Abbau sei nicht von der Stadtvorwaltung vorgenommen worden.

Der Fraktionsvorsitzende der Deutschen Volkspartei, St. Wolfes gab namens seiner Parteifreunde die Erklärung ab, daß sie Vertrauen zu der Behörde hat, daß diese den Kindern das Maß von Willen beibringen, daß sie tüchtige und brauchbare Menschen werden. Unterbrechungen kamen keine Worte, daß Familie und Schule in der Erziehung der Kinder gemeinsam Hand in Hand arbeiten müssen. Als St. Fr. Guden die Berliner Volksschule in den Schulen vertritt, wird sie von den Kommunisten durch fortgesetzte Zwischenrufe gehindert. Die kommunistische Frau Apoll. Schenk entgegnete ihr in wüster demagogischer Rede, in der sie noch schwarz-weiß-rote deutsche Geistes spricht. Oberbürgermeister erwidert ihr eine ganz kräftige Antwort mit der Bemerkung, daß ihr der deutsche Geist noch nicht aufgegangen sei. Sie besitze nur den blutigeren deutschen Geist, der die Reaktion will. Der Oberbürgermeister hat dann den Bürgerausschuß mit solchen Sachen nicht zu blamieren und kein Wort darüber weiter zu verlieren.

Auf dieses Vorspiel folgte nun der etwas merkwürdig anmutende Vorstoß des sozialdemokr. St. Dr. Hirscher gegen die Leistung höherer Schulen, gegen Lehrer und Schüler. Diese Vorwürfe waren so ungeheuerlicher Art, daß sie zu einer Unterbrechung führen werden. St. Hirscher wandte sich gegen die Schülerverbände mit den harmlosen schwarz-weiß-rotten Abzeichen, gegen die Hakenkreuzler und gegen die Beschädigung staatlicher Hoheitszeichen an Schulen. In der Elisabethschule hätten die Mädchen sogar darüber abgemittelt, ob man einen sozialdemokratischen Lehrer noch weiter behalten solle oder nicht. Weiß St. Dr. Hirscher nicht, daß diese Schülerorganisationen nur auf den Druck von Links gebildet wurden. Weiß er nicht, daß in den Sonntagsausflügen der sozialdemokratischen und kommunistischen Jugend die Parzelläre von den 6-14jährigen Buben herausgeschrien wird? Warum hat er sich nicht dagegen gewendet?

Der Oberbürgermeister hat das einzig Richtige, er wies die Vorwürfe gegen die Schulleitungen zurück, da sie bis jetzt nicht erweisen und. St. Wolfes behauptet, daß St. Dr. Hirscher schließlich auf Grund von Haren Aussagen die Vorwürfe in aller Öffentlichkeit erhebt, und beantragt, diese Ausführungen als ungeschickt zu betrachten, ein Vorstoß, der bei den Rechtsparieren Anklang fand. St. V. Lenzel sagte den Kommunisten dann noch einige Wahrheiten und fertigte auch den Redner ab. Gest in einer Weise ab, wie sie diesem wohl noch nie im Bürgerausschuß zuteil wurde. Hocherfreulich waren seine Worte über die deutsche Schule, über den deutschen Geist und über die deutsche Leistungsfähigkeit. Seine Ausführungen waren ein Bekenntnis zum deutschen Vaterland, das überall Hochachtung verdient. Interessant und gleich beherzigenswert war auch die Auslegung über Nationalismus, die der Oberbürgermeister gab. Er stellte fest, daß es selbstverständlich ist, daß der Nationalismus zu pflegen sei. Aber man könne ihn nicht lernen, er müsse erwachsen aus der Reberleitung des deutschen Blutes, nicht aus dem Gehirn u. aus dem Herzen der Kinder. Dann könne keine Vergebung in der Schule eintreten. Es werde aber vieles andere hineingelegt in die Herzen der Kinder, wodurch die feindselige Zerrissenheit des deutschen Volkes entstehe. Daß dies nicht weiter geschieht, sei Pflicht jeden Vaterlandsfreundes, welcher Partei er angehöre.

Konstatiert muß werden, daß die Darlegungen des Oberbürgermeisters wie die der deutsch-volksparteilichen Redner von tiefem Eindruck waren und sich sehr vornehmlich gegenüber den schweren Beschuldigungen von Links abhoben, wie in der Bürgerstadt die gleiche Beurteilung erfahren dürften wie gestern von den Rechtsparieren.

Am Schluß der vierstündigen Sitzung machte der Oberbürgermeister noch den Vorschlag, die Redzeit für die heutige Mittwochsitzung auf 3 Minuten zu beschränken und wiederholte dann seinen schon vor 10 Jahren gemachten Antrag, ihm die wichtigsten Punkte schriftlich einzureichen, um sie sofort zu erwidern. Dabei wurde viel Zeit gespart. St. Dr. Festschlag schlägt vor, daß von jeder Fraktion nur ein Redner sprechen soll. Dann wird die Sitzung auf heute nachmittags 4 Uhr vertagt.

### Sitzungsbericht

Oberbürgermeister Dr. Außer eröffnet die Sitzung um 14 1/2 Uhr. Es wird in die Weiterberatung des Voranschlags eingetreten. St. Dreifuh (Soz.) tritt dafür ein, heute fertig zu machen oder am Mittwoch eine Nachsitzung einzuberufen. Oberbürgermeister Dr. Außer hofft, daß dies nicht notwendig ist.

### Tiefbauamt

St. Mayer-Dintel (Dem.): Ich mache darauf aufmerksam, daß der Kanton im Straßenbau nicht im Verhältnis

zum Verlauf der Hauptstraßen. In manchen Bauweisen werden Menschen und Tiere bei Heranführung der Baumaterialien außerordentlich gequält und den Unternehmern entsetzliche bedeutende Unkosten. Die Straßen müssen frühzeitig hergestellt werden. Die Baukosten dürften nach meiner Ansicht weniger tief sein. In einzelnen Fällen sind die Bäume unnötig früh im Bereich zum bebauten Grundstück. Es dürfte sich vielleicht empfehlen, für erstere einen erhöhten Preis zu fordern, der gemäß derne bemittelt würde. Die hierdurch erzielte Summe wäre evtl. zum Bau von Kleinwohnungen zu verwenden.

### Polizeikosten

St. Greim (Str.) tritt für Einschränkungen und Sparen ein. Die Polizei sei für den Sicherheitsdienst und nicht für Nebenleistungen da.

St. Fröhlich (Soz.) behandelt das Gewerbeamt. Der Zusammenhang ist nicht ganz verständlich. — St. Dr. Wolfhard (Dem.) erwidert auf die Ausführungen des St. Fröhlich, die er als nicht für den Bürgerausschuß geeignet erklärt.

### Oeffentlicher Arbeitsnachweis

St. Krenzer (Komm.) bezeichnet den Arbeitsnachweis als nicht recht, da die Industrie sich die Leute selbst herauslade. Es müsse nicht immer mit richtiger Dinnan zu. Die Frage der Erwerbslosen falle unter dieleißen Gesichtspunkte. Die Entlohnung der Kantinenarbeiter sei ebenfalls nicht richtig, da bedeutend unter dem Tarif bezahlt werde. Hier mühte einzuschreiten werden. Es sei eine Gläubigerarbeit, die die Kantinenarbeiter verrichten. Es liege in der Hand des Bürgerausschusses, hier Wandel zu schaffen. — St. Brümmer (Soz.) spricht ebenfalls zur Frage des Arbeitsamtes. Er ist auf der Höhe des Sachverhalts. Gegen Umsehung des Arbeitsamtes durch Firmen mühte einzuschreiten werden.

St. Lenzel (Deutschn.) erwidert dem St. Brümmer (Soz.), daß es selbstverständlich sei, daß die Kinder der Arbeiter den ersten Unterricht auf frei werdende Stellen haben. — St. Bötzler (Soz.) bemerkt, daß im Arbeitsnachweis alles anders werde, was möglich sei. Bei Meldungen von Unzureichendheiten werde ohne weiteres eingeschritten. Der Redner geht dann auf die Ausführungen des St. Krenzer ein, die er entschieden zurückweist. Bei der Zusammenstellung der Kantinenarbeiten sei man sich dabei bewußt gewesen, heute herrsche hier Notstand. Von den rund 3000 männlichen voll unterrichteten Erwerbslosen würde jeder vielleicht alle 8 Wochen einmal in einem 8 Stunden zur Kantinenarbeit herangezogen. Es würden dafür nur Freistücke gewährt. Die Bezahlung sei nicht weit unter Tarif, besonders bei den Bauarbeiten.

Nach einer Abstimmung wurde auf Antrag des St. Krenzer (Komm.) die Verhandlung über den Bankt wieder aufgenommen. Dieser wiederholt seine vorher gemachten Ausführungen, die er zurück erhält. Er geht besonders auf die Zusammenstellung der Arbeit durch das Arbeitsamt ein. Eine Umsehung des Arbeitsamtes habe sehr häufig stattgefunden, dies hätte dem Zweck des Arbeitsamtes geschadet. Mannheim stehe mit den Erwerbslosenlagen fast an letzter Stelle. — St. Greim (Str.) bemerkt, früher habe man nur Leuten der ersten Arbeit verschafft, heute habe sich dies geändert. — Oberbürgermeister Dr. Außer beantragt Schluß der Debatte über diesen Bankt, was angenommen wird.

### Schulen

St. Hertel (Soz.) geht eingehend auf die Schulfragen ein. Die Stadt müsse sich in der Einreihung der Lehrer an die Vorarbeiten des Reichs halten. Der Redner geht dann auf den Abbau ein. Bei der Volksschule habe man 12 Proz., bei den höheren Schulen dagegen nur 9 Proz. abgebaut. Am ganzen Lande sei an der Volksschule um 30,4 Proz., an den höheren Schulen nur 7,9 Proz. abgebaut worden. In Mannheim sei der Abbau so vorangetrieben worden, daß noch geringere Schulverhältnisse herrschten. Dafür müsse man der Stadtvorwaltung dankbar sein. St. Hertel geht dann auf die verschiedenen Schularten ein. Die Volksschule bilde die Grundlage aller Schüler. Längere Ausführungen sind der Volksschule gewidmet. Der Volksschüler, der 8 Jahre in der Schule gewesen sei, habe mehr an wertvoller Lebenserfahrung mitbekommen, als ein Mittelschüler, der vorzeitig aus der Schule genommen werde. Der Redner bringt dann verschiedene Wünsche vor. Man müsse den Kindern aller Schulen in einem besonderen Raum auf Besuche vorführen. Vielleicht könne man dies im Rahmen der Vorarbeiten, Heideberg habe die Einrichtung bereits geschaffen. Die Schülerorganisationen müßten gefördert werden, ebenso die Körperpflege in der Volksschule. Diese müßte einen viel größeren Raum einnehmen. Die Jugend müßte mehr hinaus ins Freie. Die Badeanstalt müßte erweitert werden. — St. Frau Herz (Soz.) tritt für den Ausbau der Fortbildungsschule der Mädchen ein. Ebenso wünscht sie eine bessere Unterhaltung der Haushaltungsschulen. — St. Frau Hauwer (Dem.) ist auf der Tribüne nicht zu verstehen. — St. Foderer (Str.) bemängelt den schlechten Zustand der Schulküchen. Die Gesundheit der Kinder leide unter der Unsauberkeit der Becken. Die Ausstattung der Mädchenfortbildungsschulen müsse ebenso wie die der Knabenfortbildungsschulen

Vors umkehrt, ist Geleit; sein Wert steht  
Im Zeitenstrome bleiben oben  
Die Werte, die den Weiser loben.  
Des Stroms, und fließt.  
Friedrich Gottlieb Klopstock.

### Klopstocks Fanny

Bisher ungedruckte Dichtungen Klopstocks aus dem Nachlasse  
E. G. Grubers

### Mitgeteilt von Frh Ebers

Als der Wähliche Klopstock im Mai 1740 die Universität Leipzig verließ, führte ihn der Reisswagen gen Langensalza. Sehr belustigt schied er mit ihm zugleich ein Studium in Klein-Borsitz an. Er hatte sich ein wenig in der Provinz herumgesehen, und nahm eine Einladung Wodmers und Jurich an. Klopstock war, Gott sei Dank, trotz seiner Schwärmerei, von Jugend an ein klarer Kopf gewesen, der ihn diesen Sturm und Drang seiner eignen Liebe schnell überwinden ließ, denn schon auf der Reise nach Jülich, im Juni 1750, finden wir eine ruhige Mitteilung in dem Buch: „Egen das ganz entzückende Glück! Die verdorrte Blume duftet dem Herzen oft sich, nur die vertrocknete nicht.“  
Ja, kurz vor Jülich schied er den letzten Zwiescher nieder, aus dem hervorging, daß ihm seine „Fanny“, wie er die einst Geliebte immer in seinen Gedichten genannt hat, nicht mehr das Herz allzu schwer machete:  
„Nichts des Lebens, so nennt' ich nicht Geld, nicht Ehre, nicht Ruhm;“  
Nur dich, heiteres Ernst, welchem das Rechte genügt.“  
Mit diesen sechs Epigrammen gedicht Klopstock umschmeißt in die Reihen der Dichter der deutschen Achse, und es bereitet einem reine Freude, in diesem Dichten herumzubüffeln, das außer diesen Versen noch Reinschriften und materielle Aufzeichnungen enthält, die der Literaturhistoriker Johann Gottfried Gruber bereits in seinem Buche: „Klopstocks Leben“, Leipzig 1833, benutzt hat.

ein Lausel scheint ihn zwar eine Zeitlang besessen zu haben, denn der Vers hängt an wenig hervortreten in Bezug auf seine eignen Gemütsverfassung:  
„Was ich singe, ob Leid, ob Freude, wissen die Götter;  
Aber lieb' ich nicht mehr, ach! dann sing' ich nicht mehr.“  
R. 14. Oktober 1750.

Trotz dieser Erkenntnis seiner hoffnungslosen Liebe, gelang es dem jungen Dichter erst sieben Monate später, sein dumpfes Herz von der Fruchtlosigkeit seiner Bemühungen, die Gegenliebe des Mädchens zu erlangen, zu überzeugen. Er rief sich von der Erde, die ihm seine eignen Herzenskämpfe verursacht hatte los, und nahm eine Einladung Wodmers und Jurich an. Klopstock war, Gott sei Dank, trotz seiner Schwärmerei, von Jugend an ein klarer Kopf gewesen, der ihn diesen Sturm und Drang seiner eignen Liebe schnell überwinden ließ, denn schon auf der Reise nach Jülich, im Juni 1750, finden wir eine ruhige Mitteilung in dem Buch: „Egen das ganz entzückende Glück! Die verdorrte Blume duftet dem Herzen oft sich, nur die vertrocknete nicht.“  
Ja, kurz vor Jülich schied er den letzten Zwiescher nieder, aus dem hervorging, daß ihm seine „Fanny“, wie er die einst Geliebte immer in seinen Gedichten genannt hat, nicht mehr das Herz allzu schwer machete:  
„Nichts des Lebens, so nennt' ich nicht Geld, nicht Ehre, nicht Ruhm;“  
Nur dich, heiteres Ernst, welchem das Rechte genügt.“  
Mit diesen sechs Epigrammen gedicht Klopstock umschmeißt in die Reihen der Dichter der deutschen Achse, und es bereitet einem reine Freude, in diesem Dichten herumzubüffeln, das außer diesen Versen noch Reinschriften und materielle Aufzeichnungen enthält, die der Literaturhistoriker Johann Gottfried Gruber bereits in seinem Buche: „Klopstocks Leben“, Leipzig 1833, benutzt hat.

### Friedrich der Große und sein Justizminister

Von Peter Lee

(Nachdruck verboten)

Beim Anstudium preussischer Rechtsgeschichte stieß ich vor Zeiten auf vergilbte Blätter, die den feinen, fesselnd beschworenen Text längst verunkelt, doch immerdar lebendiger Feien und Geschehnisse ausstrahlten. In ihren Siegeln und Poststempeln nistete der Staub der Geschichte. Sie hatten einundzwanzig Jahrhunderte in weiterentzückten, dämmerigen Archiven gelegen und nur mein Fingerglied spielte sie mir in die Hand.  
Diese epigrammatisch gelben, vergrünelt und verwittert, hatten Odem und Hände eines Großen gespürt und das Geheimnis

seiner unvergänglichen Persönlichkeit schon vor der verimenden, verwirrenden Zeit, die sich jenseits der dicken Wälder des Wassers abspinn, bewahrt. Und so verriet mir auch nur ein Zufall einen neuen Zug in der Wesenheit jenes Großen, der eben originell und schmerzhaft ist wie er unbekannt sein dürfte. Die Vermutung, es könne sich um eine unvergängliche Anekdote handeln, trifft nicht zu: Welche Schwelgen; aber wenn sie reden, spricht aus ihnen das charakteristische, laulere Alter.

Der Fall, der hier interessiert, ist einmal bezeichnend dafür, wie eingehend und wachhaft souverän sich Friedrich II. auch — ja gerade — mit den abseits liegenden Dingen des Lebens beschäftigte, sofern sie nur seine landesväterliche Anteilnahme beanspruchten durften. Außerdem aber kennzeichnet er (bemerkenswert bei der bis ins höchste gehenden Sparsamkeit) eine gewisse quantitative Großzügigkeit da, wo der König trotz besserer Einsicht das Bedürfnis zu heilen hatte. Und schließlich legt er Zeugnis ab von einem lebenswürdigen Spott, der auch vor der eignen Person nicht halt machte.  
Von diesem Spott, der aus vielen feinen Anspielungen zusammenfloß und sich hinter der stets Trübsen, auf nüchternen Abwechsel nach dem Sinn des königlichen Stempels sammelte — hier oder zu schmerzenden, verlässlichen Humor durchbrach —, soll die Rede sein. Die geradezu kultivierter Ironie des Weisen von Sanssouci entfalt und ergänzte sich aus den Akkumulatoren eines wahrhaft gepflegten Geistes, und wie sie, epigrammatisch zugespitzt, lanzenstumpf geschlossen in einem Satz eine Situation, einen Gefühlskomplex blitzschnell erleuchtete, ist für den Freund des feinsten — ebenso zugespitzten wie undankbaren — Spotters Voltaire höchst bezeichnend.

Unter Friedrich war u. a. auch ein Freiherr von Broch Justizminister. Da geschah es, daß das Kammergericht sich für einen Kaufmann interessierte, der Konkurs gemacht hatte. Unter der Nachwirkung des siebenjährigen Krieges machte sich damals eine allgemeine europäische Wirtschaftskrise geltend, in deren Verlauf auch in Preußen eine große Anzahl kaufmännisch-industrieller Unternehmungen kollidierte. Auf immer weitere Kreise erstreckte sich die Not der Verarmung. Die Händler erboten Zahlungsausfalls, erhielten sie aber in den letzten Fällen. Wie im einzelnen die Verhältnisse bei oben erwähnten Kaufmann lagen und insbesondere; wodurch sie begründet waren, geht aus den unvollständigen Aktenbelegen nicht deutlich genug hervor, obwohl gerade hier die feinsten Zusammenhänge von keineswegs zu unterschätzender Bedeutung gewesen wären.

Michiel: als ziemlich fader darf wohl angenommen werden, daß das Gefühl des Schmerzes ihm eine nicht unbeträchtliche Summe Geldes aus der Konkursmasse zur Bekleidung seines Lebensunterhaltes zu gewähren, mit Recht nachdrücklich begehrt wurde. Der Abgewiesene wandte sich nun mit einer Bittschrift an den König, und

mit Tischen und Stühlen durchzuführen werden. Die Behandlung und Berücksichtigung der Mittelschulen sei besser wie die der Volksschulen. Die Schule müsse auf der heutigen Höhe erhalten bleiben. — **Sto. Dr. Wolfhard (Dem.)** dankt dem **Sto. Hertel**, daß er den Verzicht auf die Einräumung des Schulraumes des **Sto. Hertel** wegen des Schulhausneubaus in Sandhofen bei. Die Kinder von 9 Jahren seien den Anforderungen der Mittelschule noch nicht gewachsen. Vorläufig sei, daß die Kinder vier Jahre die Grundschule besuchen müßten. Er unterzeichnet die Ausführungen des **Sto. Hertel**. — **Sto. Hertel (Komm.)** bedankt die Schulräte von seinem Standpunkt aus. — **Oberbürgermeister Dr. Kauer** schließt sich den Ausführungen des **Sto. Hertel** an. Die Städtische Verwaltung habe nie Stellung gegen die Grundschulen genommen. Die Einführung der Bürgerschule sei abgelehnt worden. Der Redner weist die verschiedenen Vorwürfe zurück. Bei der Volksschule sei ein Abgang von über 10 Proz. vorhanden, der den Abgang ausmache. Bei den höheren Schulen sei eine Zunahme zu verzeichnen. Im Verhältnis sei bei den höheren Schulen mehr abgebaut worden. Gekündigt hätten noch bedeutend mehr Lehrer abgebaut werden können. Im ganzen gebe es 724 Volksschulen, die eine durchschnittliche Besetzung von 38 Schülern aufweisen. Ueberfüllte Klassen gebe es ganz wenig. Der Zustand der Schulen sei tatsächlich schlecht, häufig müßten sie aber erholten bleiben. Es sei genau das eingeleitet worden, was das Volksschulreferat verlangt hatte. — **Sto. Borch (Soz.)** bemerkt ebenfalls den schlechten Zustand der Schulen. — **Sto. Fr. Gulde (D. Ntl.)** nimmt im großen und ganzen den Ausführungen der Vorredner bei. Die Volksschule dürfe nach ihrer Ansicht nicht die Gefahren der Reaktion in sich. Sie tritt für eine Erziehung zur Vaterlandsliebe ein. Die Mädchenfortbildungsschule müßte ausgebaut werden. Die abendlichen Kostschulen müßten wieder eingeführt werden. — **Sto. Frau Hauke (Dem.)** spricht über Kinderpeinungen und Kindererholung.

**Sto. Moses (Deutschl.)**: Es kommt uns bei der Schule nicht so sehr darauf an, ob sie dieser oder jener Einzelheit oder Form entspricht, sondern ob sie in der Lage ist, unsere Kinder zu erziehen und ihnen das zum Leben mitzunutzen, was sie später benötigen, um tüchtige, brauchbare Menschen zu werden. Meine Parteifreunde und ich haben zu der Mannheimer Schule und deren Lehrer das Vertrauen, daß sie ihre Aufgabe nicht nur berufsmäßig ausfüllen, sondern daß sie die Kinder nach Würde und Gerechtigkeit erziehen und auf deren Eigenart eingehen. Das scheint uns das Notwendigste. Wir sind der Auffassung, daß die Schule — trotz allem was sie bietet — die Familie nicht ersetzen kann. Schule und Familie müssen Hand in Hand arbeiten. In den Klassen, wo die Familie versagt, wird auch die Schule versagen, weil die Schule nicht in der Lage ist, das zu ersetzen, was Aufgabe des Elternhauses ist. Wir haben das Vertrauen, daß die Schule die Kinder aufnimmt im Geiste der Bildnerfüllung und des Bildnerbewußtseins.

**Sto. Schenk (Komm.)** bemerkt, daß die Fortbildungsschule bei der Einstellung von Jugendlichen hinderlich sei. Die Rednerin geht dann auf die Ausführungen ihrer Vorrednerinnen ein. In der Kindererziehung müsse noch viel mehr getan werden.

**Oberbürgermeister Dr. Kauer** ist der Ansicht, daß Frau Schenk der deutsche Geist noch nicht aufgegangen sei.

**Verwaltungsrat Joseph** geht auf die Ausführungen der verschiedenen Redner ein.

**Sto. Dr. Hirschler (Soz.)** spricht zu den höheren Schulen. In diesen Schulen herrsche vielfach ein nationalisistischer Geist. Man müsse hierauf ein Auge haben. Besonders rechtsradikale Verbände verüben die Schüler für politische Zwecke zu mißbrauchen. Es gäbe zahlreiche Jugendverbände, die nationalisistischer Zwecke dienen. Bängere Ausführungen mittle der Redner der nationalisistischen Jugend an den höheren Schulen.

**Oberbürgermeister Dr. Kauer** bemerkt, daß der Vorwurf, daß es verschiedene Leiter und Redner höherer Anhalten die Gesetze übertreten, so schwer wiege, daß es dem Unterrichtsministerium mitgeteilt werden müsse.

**Sto. Hertel (Soz.)** ist der Ansicht, daß an den höheren Behörden mehr Gewicht auf die Erhebungen der Ausgaben bei der Schule gelegt werden müsse. Das Schulgeld von 84 Mark sei sehr hoch, so daß es viele Leute nicht aufbringen könnten. Bei der Schulgeldbemessung müsse man auch das Einkommen berücksichtigen.

**Sto. Moses (Deutschl.)**: Als ich die Ausführungen des **Sto. Dr. Hirschlers** hörte, da fragte ich mich, woher das Material worden kam. Er sagte dann selbst, daß es ihm zugetragen worden sei. Daraus geht hervor, daß er es nicht näher untersucht hat. Trotzdem hat er es zum Anlaß einer Besichtigung genommen. Wir freuen uns, daß der Oberbürgermeister die Untersuchung dieser Angelegenheit aufnahm. Jedes Volk hat die Jugend, die es verdient. Es wundert mich aber, daß **Dr. Hirschler** nicht von der Volksschule und der Arbeiterjugend gesprochen hat. Und von der kommunistischen Jugend weiß er auch nichts. Wir betrachten daher seine Ausführungen als nicht sehr wertvoll.

**Sto. Fr. Gulde (Dn.)** weist die Vorwürfe des **Sto. Hirschler** zurück und bemerkt, daß ihm wohl nicht bekannt sei, daß das Verhalten auch die linksstehenden Parteien angehe.

**Sto. Dr. Wolfhard (Dem.)** ist der Ansicht, daß alle politischen Meinungen aus den Schulen entfernt gehören. In den Schulen werde auch gegen die Juden in geschäftlicher Weise gehandelt. Besonders bei der Oberrealschule gehören alle Abzeichen heraus; gleich ob konfessionell oder politisch.

**Sto. Hertel (Soz.)** geht auf die Ausführungen der **Sto. Fr. Gulde** ein. Bei Bekanntwerden von Fällen habe die Leitung der Volksschule sofort eingegriffen. Tue die Leitung der höheren Schulen dasselbe. So herrsche Ruhe.

**Sto. Fr. Gulde (Dn.)** stellt fest, daß eine Verordnung über die Entfernung von Abzeichen unbekannt sei.

**Sto. Sons (Dn.)** weist der Rhetorik vor, daß gerade sie es gewesen sei, die die Jugend in die Politik hineingezogen habe. Die Politik gehöre nicht in die Schule.

**Sto. Krenzler (Komm.)** geht auf die Ausführungen des **Sto. Sons** ein. Besonders an den höheren Schulen werde die Reaktion geübt. Die Kommunisten hätten die Jugend organisiert, um einen Gegenpol gegen die Nationalisten zu haben.

**Sto. Senel (Deutschl.)**: Wenn man die kommunistischen Redner hört, so sollte man meinen, daß die Kommunisten bald herben für die ideale Ausbildung der Jugend. Nun habe ich aber erst kürzlich in einer Zeitung gelesen, daß in Sowjet-Rußland die Lehrer die Schokolade hüten müssen, um nicht zu verhungern. (Lachen bei den Kommunisten.) Ich meine, wenn die russischen Kommunisten sich so wenig für die Schule einsetzen, dann sollen die deutschen Kommunisten, die Rußland als ihr höchstes Ziel betrachten, doch etwas Beschreiberes austreten. Wir wollen die Fortsetzung des früheren Schulplans. Wir sind stolz auf unsere Schule gewesen, die ganze Welt hat uns um unsere Schule beneidet. Wenn jetzt etwas in der Schule fehlt, so ist es die Pflege des Patriotismus. Ich muß es auferordentlich bedauern, daß die Liebe zum Vaterland nicht mehr genügend gepflegt wird.

### Helft den Kindern!

### Wohlfahrtsbriefmarken

für die Deutsche Kolonial

Jede Briefmarke gibt einem hungernden Kinde eine warme Mahlzeit.

**Sto. Dr. Hirschler (Soz.)** weist auf seinen vorher gemachten Ausführungen zurück. Er geht besonders auf die Ausführungen des **Sto. Moses** ein, die er zurückweist. **Sto. Senel (Soz.)** bemerkt, daß die geschätzten Verhältnisse in verschiedenen Fällen noch schlimmer seien. In diesen Schulen würde ganz systematisch gegen die jetzt bestehende Staatsform gearbeitet. Auf diesen Umstand müsse man besonders achten. Der Redner geht dann auf die Ausführungen des **Sto. Senel** ein.

**Sto. Senel**: Ich muß den **Sto. Senel** doch bringen bitten, diesen Ton in Zukunft zu unterlassen, da ich genau dasselbe Recht habe, meiner Ueberzeugung Ausdruck zu verleihen wie er. Wir verstehen unter Patriotismus allerdings etwas anderes, wie **Sto. Senel**. Wir wollen das was Deutschland groß gemacht hat, was es geleistet hat, weiter pflegen. Ich bin stolz auf deutsches Wesen und deutsche Leistungsfähigkeit. In Frankreich ist jedes Kind stolz auf sein Vaterland, auf Napoleon. Wenn wir wieder groß werden wollen, müssen wir auch deutsch empfinden. Daß ich nicht der bin, der für die Fahrentreuer eintritt, darüber brauche ich mich wohl nicht zu äußern. Ich trete aber dafür ein, daß der patriotische Geist in der Schule viel mehr wie bisher gepflegt werden muß. **Oberbürgermeister Dr. Kauer** bemerkt, daß man über die vorgebrachten Vorwürfe nicht im Bürgerausschuß entscheiden könnte. Der Patriotismus müsse gepflegt werden. Man dürfe jedoch keine Zerrissenheit hineintragen.

**Sto. Senel** spricht sich für eine Erhöhung der Städtischen Verwaltung, für eine Anzahl verbesserter Bezirke an der Gewerkschule in den neu erbauten Häusern Wohnungen bereit zu stellen. Der kommunistische Antrag die Unterstützung für begabte Schüler von 10 000 auf 30 000 M. zu erhöhen, wurde mit 31 gegen 35 Stimmen abgelehnt.

Damit war die Aussprache über die Hof. „Schule“ erledigt. Der Oberbürgermeister machte den Vorschlag, von einer Nachprüfung Abstand zu nehmen, und die Weiterberatung am Mittwoch nachmittags 4 Uhr zu verschieben. Es wird beschränkte Redezeit auf fünf Minuten festgelegt. Schluß der Sitzung 8.15 Uhr.

### Personalausgaben der Straßenbahn

Das Städtische Nachrichtenamt teilt mit: In den 57,70 Prozent Personalausgaben der Straßenbahn im Jahre 1913 ist das Verhältnis des Aufwandes für Fahr- und Verwaltungspersonal folgendes: Beamte und Angestellte 8,7 Prozent (10 685 M. monatlich); Fahrpersonal 91,3 Prozent (111 688 M. monatlich).

In den 70 Prozent im Jahr 1924 ist folgendes Verhältnis für Fahr- und Verwaltungspersonal: Beamte und Angestellte 9,5 Proz. 16 260 M. monatlich; Fahrpersonal 90,5 Prozent (161 000 M. monatlich).

Hieraus hat sich das Verhältnis der Personalkosten der Verwaltung und des Fahrpersonals gegenüber vor dem Krieg heute kaum geändert. Dabei besteht für die Verwaltung gegenüber der Betriebszeit heute immer noch eine beträchtliche Arbeitsübermehrerung (Erhebung der Einkommensteuer, lokale Zulagen, unbilligere Behandlung der Personalarbeitsangelegenheiten). Obige Zahlen ergeben, daß der monatliche Aufwandsaufwand an Personalkosten für Beamte und Angestellte 6275 M. für Fahrpersonal 49 121 M. beträgt. Außerdem wurden im Jahr 1924 an das Fahrpersonal an Geldbehalten für Dienstausgaben 4800 M. bezahlt.

## Wirtschaftliches und Soziales

### Ein beachtlicher Vorschlag zur Lösung des Arbeitslosenversicherungsproblems

Von W. Hahn, Geschäftsführer des G. D. N. Mannheim

Die Frage der Schaffung einer Fürsorge für die Arbeitslosen ist in Deutschland erst in der Nachkriegszeit in härteren Maße zur Erörterung gekommen und hat in Gestalt der Erwerbslosenversicherung zu einer Zuspätkommenheit geführt, wie sie nach Vornahme zahlreicher Änderungen und Ergänzungen noch heute besteht. Gleichwohl ist aber der Gedanke der Schaffung einer Versicherung inzwischen nicht zur Ruhe gekommen und hat insbesondere die den Hirsch-Dunckerischen und Christlichen Gewerkschaften nahestehenden Angestelltenorganisationen veranlaßt, Ergänzungsversuche dahingehend einzuleiten, daß den Gewerkschaften durch Gesetz die Möglichkeit gegeben werden sollte, unter gewissen Bedingungen als den öffentlichen Kassen gleichberechtigte Träger der Versicherung zugelassen zu werden.

Inzwischen haben wir eine Initiative durchgemacht, wie sie bisher wohl kaum erlebt worden ist. Große Teile unserer öffentlichen Sozialversicherungsträger haben nur durch zur Verfügungstellung beträchtlicher Staatskredite über Wasser gehalten werden können, während andere nur durch radikale Abbaumaßnahmen vor dem Zusammenbruch bewahrt werden konnten. Bedinglich den in Anlehnung an die Gewerkschaften bestehenden großen Krankenkassen ist es möglich gewesen, völlig auf sich selbst gestellt, die Krisenzeit zu überwinden. Die Erfahrungen der letzten Zeit haben gezeigt, daß eine Verringerung unserer Sozialpolitik im Sinne einer Abkehr von dem bisherigen System der behördlich bürokratischen Zentralverwaltung zugunsten einer mehr auf den Beruf bedachten, auf freier Selbstverwaltung beruhenden Organisation notwendig ist.

Die Erwerbslosenversicherung ist uns, wenn auch in stark veränderter Gestalt, erhalten geblieben. An die Stelle des reinen Fürsorgeprinzips ist ein Zwischending zwischen Fürsorge und Versicherung getreten, das allerdings in starkem Maße bereits die Wertmole einer Versicherung trägt. In völlig unbegrifflicher Weise hat man gleichzeitig mit der Beitragszahlung den Erwerbslosen eine gewisse Arbeitspflicht auferlegt, die ohne Frage zur Zeit des reinen Fürsorgecharakters der Einrichtung an sich gewesen wäre, die aber unter den heutigen Verhältnissen, wo jeder Arbeitslose sich zuvor durch seine Beitragszahlung das Recht auf den Unterhaltungsanspruch sichert, keinerlei Berechtigung hat. Hinzu kommt die Herabdrückung der Unterstützungssätze auf ein kaum noch zu verarbeitendes Mindestmaß, von weiteren Mängeln ganz abgesehen. So vollzieht sich dann der Übergang der Erwerbslosenversicherung zur Arbeitslosenversicherung in einer Weise, die zu den größten Bedenken Anlaß gibt. Es besteht die Gefahr, daß die Arbeitslosenversicherung in eine ebenso behördlich-bürokratische Verwaltungsorganisation gepreßt wird, wie es bei den übrigen Zweigen unserer Sozialversicherung heute immer noch der Fall ist.

Die Spitzenorganisation Hirsch-Dunckerischer Richtung, der Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-Angestellter und Beamtenverbände hat in einer an Reichstag und Reichsarbeitsministerium gerichteten Eingabe neuerdings den Vorschlag gemacht, die Lösung des Arbeitslosenversicherungsproblems durch Uebertragung der Durchführung der Versicherung auf die Gewerkschaften herbeizuführen. Träger der Versicherung sollen die Gewerkschaften sein, die ihren Mitgliedern schuldenspezifische Erwerbslosenunterstützung gewähren, einer anerkannten Spitzenorganisation angegeschlossen sind und deren Wirkungsbereich über den Bezirk eines Ortes hinausreicht. Außerdem soll die Anerkennung von der Erfüllung einiger weiterer Bedingungen hinsichtlich der Beaufsichtigung, Gewährleistung einer ordnungsgemäßen Verwendung der Mittel sowie von der Bereitwilligkeit abhängig gemacht werden, in einer besonderen Abteilung die Versicherung auch für die Unorganisierten durchzuführen. Die Beitragszahlung soll nach dem bewährten Vorgehen der Krankenkassen in der Weise durchgeführt werden, daß der Arbeitgeber dem Arbeitnehmer seinen Beitragsanteil bei der Lohnzahlung mit ausshlängelt und der Versicherte alsdann den Gesamtbeitrag an die Gewerkschaftskasse abführt. Alles Nähere soll durch ein Rahmengesetz geregelt werden.

Es wird hier der Versuch gemacht, ein allseitig geltend gemachtes Verlangen praktisch durchzuführen und zwar in einer Weise, die alle Beteiligten zu ihrem Rechte kommen lassen würde. Reich und Gemeinden würden von einer ganz beträchtlichen Verwaltungsarbeit entlastet werden. Für eine behördliche Beaufsichtigung würde kaum mehr als die Beaufsichtigung durch ein Zentralorgan übrig bleiben. Auch die kollektiven allgemeinen Versicherungsbehörden, die Versicherungs- und Oberversicherungsämter, würden, da alle Streitigkeiten durch die schuldenspezifischen Organe ihre Erledigung finden könnten, nicht in Anspruch genommen werden und würden bei Durchführung des gleichen Systems auch bezüglich der übrigen Sozialversicherungen überhaupt verschwinden können.

Geradezu erlöschend schließlich eine kurze Erklärung dafür, weshalb sich der Gewerkschaftsring nicht mit dem früheren Vorschlag der Zulassung der Gewerkschaften lediglich als Erleichterung begnügt hat. Es kann nach Lage der Dinge wohl kaum zweifelhaft sein, daß auch in diesem Falle alle Gewerkschaften befreit sein würden, als Träger der Versicherung anerkannt zu werden, denn eine solche Zulassung würde es sich aber für zahlreiche Gemeinden voraussetzungslos gänzlich lohnen, vielmehr einiger Inorganisierten ins Leben zu rufen. Der Antrag des Gewerkschaftsrings zeigt jeden-

### Kunst und Wissenschaft

☉ **Sonnenflecken und Witterung.** Ueber die Zusammenhänge der Veränderungen auf dem Loosesseln und den Witterungsabweichungen großer Erdbereiche sind in letzter Zeit wertvolle Aufschlüsse gewonnen worden. Der amerikanische Meteorologe H. S. Clayton in Buenos-Aires hat in seinem Werke über „Wetter-Witterung“ eine Reihe wertvoller Beiträge aneben, die den engen Zusammenhang ausnahmslos belegen. Der für die Wettervorhersage so wichtigen Frage nach der Periodizität dieser Vorgänge ist in letzter Zeit auch der bayerische Meteorologe Dr. Bau mit Erlauf gewonnen, wobei er einige Perioden ungenau bestimmen konnte. Den Schlüssel zu dem hier vorliegenden „Buch mit sieben Siegeln“ gibt nun loben der Astronom Dr. H. H. Krüger in der „Meteorologischen Zeitschrift“, indem er erlat, daß die Sonnenflecken- und Witterungsperioden aus einer einheitlichen Ursache in einfacher Weise von den kurzen Perioden von zehn Wochen an (Indische Monsun-Regen) bis zu den Klimawandlungsperioden, die uns die Jahreszeiten der kalifornischen Baumriesen auf Jahrhunderte zurück erkennen lassen, durch genau angeordnete planetarische Einwirkungen auf die Sonne erklärt werden können. Die den Astronomen früher rätselhaft war, „Schwächeren Perioden“ der Sonnenflecken werden müde, verständlich, vor allem ist jetzt einzu sehen, warum die Dauer der ungenau abschätzigen Sonnenfleckenperiode (durch die zahlreichen Einflüsse so schwankend ist).

☉ **Kleine Chronik.** Bekanntlich hat die Befragung der Kunstpatat in Düsseldorf beschlagnommen, wodurch es den Künstlern unmöglich gemacht worden ist, die für dieses Jahr vorgesehene Kunstausstellung durchzuführen. Auf eine Einladung der Stadt Köln, die Ausstellung in die Kölner Messhalle zu verlegen, hat der Düsseldorf-Verein zur Veranstaltung von Kunstausstellungen Zustimmung geantwortet. — Die Vereinigung Dresdener Kritiker gibt einen Fall eines musikalischen Plagiats bekannt. In einem Breslau-Konzert des Hennig-Quartetts wurde im März ein Streichquartett zur Ausführung gebracht, angeblich das Werk eines Herbert Zabin. Wie jetzt nachgewiesen wird, ist dieses Quartett vollständig identisch mit dem Quartett op. 16 von Alexander Zemlin. Nachträglich stellt sich auch heraus, daß die Beiträge bereits im vorigen Jahre ebenfalls das Hennig-Quartett zur Aufführung eines op. 1. das in Wirklichkeit das erste Streichquartett von Janáček war, in Breslau, Berlin und anderen Städten vorangetragen. — Im Priesterseminar St. Peter in Schwarzweid ist Oberambler Geistl. Rat Dr. Miklaus Gibr, ein weit über Deutschland hinaus bekannter Theologe, im Alter von 85 Jahren gestorben. Er hat bis zuletzt im Priesterseminar St. Peter als Doyen gewirkt. Seine Hauptwerke waren „Hingabe und Demut“ er war ein Vertreter der „Hingabe“-Schule. Sein Hauptwerk „Das Hingabe“- hat seinen Ruf

hier verläuft kurzzeitig (und offenbar ohne auf die näheren Details einzugehen), daß dem Anwalt als einmalige Abfindung 1500 M. ausbezahlt werden sollten. Die Allerhöchste Kabinetsordre wurde dem Freiherren von Braich auf dem Dienstwege zur Kenntnisnahme und „unverzüglichen Nachzahlung“ vorgelegt.

Der Minister jedoch, der anscheinend keine eigene Meinung hatte und von seinem, ohnehin willfährigen Hoflingsbuden nicht eben viel hielt, ließ sich auch durch eine sehr bestimmte, unmissverständliche Willensäußerung seines Souveräns nicht aus dem Konzept bringen. Er bewies vielmehr, daß der königliche Entscheid ausgehoben wurde und berichtet darüber an seinen Herrn. Der Befehl, daß dem Bisherigen nun wenigstens 1200 M. anzustellen wären, drang aber ebenbürtig durch wie das erste Mal. Braich ist mir jenseit und beehrte bei seiner von ihm zu Recht erkannten Auffassung. Da lautet Friedrich in seiner persönlichen Handwritten, deutlich und charakteristisch genug in seiner lakonischen Geradheit: „Mein lieber Subjunkt! Ihr seid zwar ein rechtshafter Mann, aber ein recht großer Dieb.“

Erreich nicht auf, antwortete umgehend, er freue sich, daß das große Herz des Königs dem Rechte keinen Lauf gelassen habe, im Übrigen aber habe der Verfasser der Allerhöchsten Ordre sich so ungenügender Ausdrücke gegen den ersten Diener der Krone (Subjunkt) bedient, daß er bitten müsse, ihm, dem Verfasser, seinen großen ungeschwätzbaren Ton auf ernstlichste zu verweisen.

Bei einem kurz darauf stattfindenden Conseil in Sanssouci, bei dem u. a. die Minister von Cammer, Graf Finkenstin, Frhr. von Schell, Ewald von Herzberg, Tschirch und der lang verheiratete Gecklinger-Somuel von Cocchi zugegen waren, übergab der König Braich und ließ ihn nur mit einem stahlen-bleuen, durchdringenden Blick an. Der Baron verzog keine Mieme. Friedrich wiederholte seinen Rundgang bei den Ministern und als er diesmal die Handflächen unter ihnen polierte, legte er ihm die Hand auf die Schulter mit den Worten:

„Sieb! Braich, ich habe es meinem Sekretär gesagt.“  
Wie glücklich könnte jeder sein mit dem Glücke, das er nicht achtet.  
Franz v. Schöningh.

### Theater und Musik

☉ **Das dem pflanzlichen Theaterleben.** Eine Uraufführung der Landes-Theaters für die Wals und das Saargebiet fand in Bad Reichenhagen statt, dessen Kurtheater während der Sommerferien vom pflanzlichen Landes-Theater übernommen wurde. Das erfolgreiche Werk betitelt sich „Titanic“, Tragödie eines jungen Menschen von Leo Jungmann. Ein hoffnungsvolles Leben ger-

bricht an Beredungsängsten; sein Vater ist ein Trunkenbold, der im Zuschauers endet. In seine Mutter glaube er nicht mehr, da sie ihm gegenüber das verbräuterte Leben des Vaters vertuscht. Das Ende: Jernüchtheit und Untergang. Das Werk ist voller Spannung, technisch gut aufgebaut, allerdings mit starken Anklängen an „Dies irae“ von Wagner. Zu wünschen wäre mehr sprachliche Geschlossenheit und sparsamer Ausbau des Dialogs. Die Aufführung durch das Landes-Theater war unter der Regie des neuverpflichteten Oberregisseurs Kurt Gaebler vom Bendeltheater Odenburg ein großer Erfolg. Die Bühnenbilder waren mit erhabenen Geschmack gezeichnet, die Künstler, besonders Vene Lazarath als schmerzliche Mutter, Gaebler als zerklüfteter junger Mensch und Trude Yamalisch in Gegenlag zu ihm als lebensfrohe Schwärmerin gaben vorzügliche Leistungen. Das ausverkaufte Haus schenkte dem anwesenden Verfasser reichen Beifall. Demnächst bringt das Landes-Theater ein Märchen von der pflanzlichen Schriftstellerin Lina Graab, Reichenhagen a. d. S., ebenfalls im Kurtheater Reichenhagen zur Uraufführung.

☉ **Theaterausgaben.** Der bisherige Oberregisseur des Siedlener Festspieltheaters, Edmund Huber, ist an Stelle des ausgeschiedenen Direktors Reinhardt zum Direktor seiner Bühne ernannt worden. — Der bisherige Regisseur des heffischen Landes-Theaters in Darmstadt, Joseph Gill, wurde in gleicher Eigenschaft an das Dresdener Schauspielhaus verpflichtet. — Das Dresdener Alibi-Theater hat einigen anders lautenden „Propheten“ den Beitrag mit seinem bisherigen Direktor Kropf auf lange Frist hinaus veräußert. — Im Leipziger Schauspielhaus brach dieser Tage eine halbe Stunde vor Beginn der Vorstellung ein Bühnenbrand aus. Durch die Kummerkammer der Bühnenarbeiter konnte das Feuer, noch ehe es größere Dimensionen angenommen hatte, gelöscht werden. Die Vorstellung nahm ihren ungestörten Verlauf. — Das holländische Schauspielhaus in Hagen ist an die Stadt mit der Bitte um Gewährung eines weiteren Zuschusses in Höhe von 15 Mark herangetreten. Das Theater erklärt sich außer Stande, seinen Verpflichtungen nachzukommen, wenn ihm dieser Zuschuss verweigert wird. — Im Reichspalast in Leipzig fand ein Theaterabend statt, an dem nur Taubstumme mitwirkten und der auf die Zuschauer großen Eindruck machte. Es wurde Schillers „Bürgschaft“ pantomimisch durch Lautstimmungen ausgeführt. — Nachdem die Universität Köln als erste deutsche Hochschule die Theatergeschichte als Prüfungsfach im Doktorexamen anerkannt, wird anderwärts zum Beispiel in die „Abendliche Gesellschaft für Theaterwissenschaft“ aufgenommen, deren erstes Ziel die Schaffung eines theaterwissenschaftlichen Institutes ist, wie es der Süden in München und Wien, der Norden in Kiel bereits besitzt.

falls einen Weg, die Arbeitslosenversicherung in kürzester Frist und mit dem geringsten öffentlichen Aufwande in die Tat umzusetzen und den sich in der Erwerbslosenfürsorge herausgebildeten Zuständen, deren Unhaltbarkeit überwiegend anerkannt wird, Einhalt zu gebieten.

Städtische Nachrichten

Die Landessteuern

Protest der Stadt Mannheim gegen die geplante starke Erhöhung der badischen Landessteuern

Das Städtische Nachrichtenamt teilt mit: Dem Badischen Landtag liegt ein Gesetzentwurf vor, der nicht nur ab 1. Juli 1924 eine Gebäudesteuer von 8 Pfg. auf 100 M. Steuerwert auferlegt, sondern auch die Landessteuer auf den Wert der Gebäude auf 47 Pfg., auf die steuerbaren Grund- und Betriebsvermögen bei Werten von mehr als 25 000 Goldmark auf 49 Pfg. erhöht. Dabei ist zu beachten, daß dem wirklichen Werte des gewerblichen Betriebsvermögens bereits bisher bis zu 40 Proz. dieses Wertes zugechlagen worden sind.

Der Steuerfuß wäre somit (49 gegen 11 Pfg.) etwa das 4½fache des Friedensfußes; wolle die Gemeinde in gleicher Weise verfahren, so hätte sie etwa 160 Umlageprozente zu erheben.

Diese gewalttätige Anforderung des Staates an keine Steuerzahler erfolgt, trotzdem das Land bei Bemessung seines Anteils an der Reichseinkommen- und Körperschaftsteuer auch die gesamte im Frieden erhobene Steuer auf das Grund- und das gewerbliche Betriebsvermögen in Ansatz bringt.

Die städtische Kommission für wirtschaftliche Angelegenheiten hat in letzter Stunde das folgende dringende Schreiben an den Staatspräsidenten und den Präsidenten des Landtags gerichtet:

„Die Kommission der Stadt Mannheim für wirtschaftliche Angelegenheiten, in der Handelskammer, Handwerkskammer, Arbeitervereine, Stadträte und Stadtverordneten vereinigt sind, hat heute eingehend und unter Darlegung aller beteiligten Wirtschaftskreise die neueste badische Steuerfrage erörtert.

Die Kommission warnt nachdrücklich vor der geplanten starken Erhöhung der Landessteuern, die schon in ihrer Grundtatsache für Industrie- und Handelsstädte sehr anfechtbar, durch die bekanteten Zustände auf die sogenannten großen Vermögen insbesondere unter den Verhältnissen der Gegenwart schon bisher unerträglich geworden sind.

Die neueste Steuerliche Belastung würde die Wirkung dieser Mängel ungeheuer steigern; die Mannheimer Industrie und der Mannheimer Handel, die ohnehin infolge des bekanteten schweren Drucks und der Zerstörung so vieler Voraussetzungen ihres wirtschaftlichen Gedeihens auf schwerste gefährdet sind, können diese als ins Maß treffenden Belastungen nicht mehr tragen.

Betriebserschwerungen, Stilllegungen, Abwanderungen, Arbeitslosigkeit, schwerster Unmut über die verderbliche Steuerpolitik des Landes Baden würden die unabwendbare Folge sein.

Es muß überlegt werden, ob nicht Einschränkungen möglich sind und ob nicht aus anderen Einnahmequellen des Landes dessen Bedürfnisse befriedigt werden können.

Die Kommission ersucht dringend, vor Verabschiedung des Beschlusses einer Abordnung Besonnenheit zu geben, dem Staatsministerium und einer Kommission des Landtags ihre schwersten Besorgnisse vorzutragen.“

Die Jugendbewegung in Baden

Zu den Ländern, in denen die Jugendorganisation in den letzten Jahren die größten Fortschritte gemacht hat, gehört Baden. Wie wir einer letzten erschienenen Arbeit des badischen Statistischen Landesamts in Karlsruhe über die Jugendorganisationen in Baden nach dem Stand am 1. Juni 1924 entnehmen, beträgt die Zahl der Jugendlichen, die in Baden in selbständigen Jugendorganisationen zusammengeschlossen sind, rund 230 000; mit andern Worten: Dreiviertel aller im Alter von 14 bis 21 Jahren lebenden Personen in Baden sind in selbständigen Jugendvereinen organisiert.

Die größte Mitgliederzahl (über 104 000) entfällt auf die Sportverbände, in denen von Jugendlichen das Turnen, Rudern, Wandern, Schwimmen, Radfahren, das Fußballspiel und dergl. gepflegt wird. In rein unpolitischen Jugendvereinen sind rund 80 000 Angehörige, 20 000 Evangelische und 1200 Israeliten organisiert. In den letzten Jahren machen die Gewerkschaften und die politischen Parteien große Anstrengungen, die heranwachsende Jugend für ihre Zwecke zu organisieren. Die Gesamtzahl der von gewerkschaftlichen Verbänden in besonderen Jugendorganisationen zusammengeschlossenen Jugendlichen beträgt rund 19 000, in 140 örtlichen Jugendparteilisten und Jugendgruppen; hiervon entfallen rund 70 Prozent aller Mitglieder auf die freigeiwerkschaftlichen Jugendparteilisten und Jugendgruppen und rund 24 Prozent auf die in christlich-nationalen Gewerkschaftsbund.

Berliner waren bisher die Erfolge der politischen Parteien, die Jugend politisch zu organisieren. Die größte Mitgliederzahl entfällt auf den Verband der Arbeiterjugendvereine Deutschlands, Zweigverband Baden, der der Sozialdemokratie nahesteht; die Zahl der Ortsvereine beträgt 44, die Zahl der Mitglieder, die im Alter von

als Geschlechter im In- und Ausland begründete, ist in mehr als 35 000 Exemplaren verbreitet. Dieses Werk ist ins Französische, Englische und Italienische überetzt. Auch kein großangelegtes zweibändiges Werk „Die heiligen Sakramente“ ist außerordentlich weit verbreitet und in mehrere Sprachen überetzt. Das 1914 erschienene Werk „Gebanten über das christliche Gebetsleben, findet sich ebenfalls in allen größeren wissenschaftlichen Bibliotheken. Der Gehrie hat in allen größeren wissenschaftlichen Bibliotheken. Der Gehrie hat in allen größeren wissenschaftlichen Bibliotheken.

„Geist, Hof“, „Ehrendoktor“, „Päpstlicher Geheimkammerer“ verließen; außerdem hat er viele wichtige Orden verliehen bekommen. — In Saalfeld in Thüringen starb der weit über die Grenzen hinaus bekannte Kirchenmusikdirektor Richard in 71. Lebensjahr. — Anton Beer-Walbrunn beging am 29. Juni seinen 80. Geburtstag. Mit Weidern lenkte er anfangs die Kulturpolitik auf sich und seine schriftliche, gesunde deutsche Art Werke manigfaltiger Art, Romane, Erzählungen, Dramen, die beiden Opem „Söhne“ und „Der Dachsberg“ folgten. Beer-Walbrunn, der 1918 den Professortitel erhielt, ist seit 1901 Lehrer für Komposition, Kontrapunkt, Harmoniklehre und Klavier an der Münchener Akademie, an der er selbst seine Studien absolviert hatte.

Literatur

\* Kurt Gamaun: „Wesensmilde Werke“ in zwölf Bänden. Gedruckt von: „Im Wärschenland“, Griesleb und Geträumtes aus Karlsruhe; „Unter dem Baldorn“, Reiselbilder; „Lieder über die Zeit“, Roman, Deutsche Originalausgabe, Befördert und herausgegeben von J. Sandmeier. Verlag von Albert Langen, München. — Der neuere vorliegende sechste Band von Kurt Gamauns Gesammelten Werken enthält zunächst die Stimmungswörter und mit seinem Humor gefüllten Reiselbilder aus Karlsruhe und der Türkei. Gamaun durchweilt mit lebendigen Augen jenes Land, in dem das Märchen aus Wirklichkeit geworden scheint. In anschaulichen, lebendigen Stil beschreibt er seine Reize von Venedig bis zum Schwarzen Meer, und seinen Aufenthalt am Bosporus, Griesleb und Geträumtes mit entzückendem Humor in einem künstlerisch Einheitsdien verbunden. Seine Wandbildschilderungen sind von wunderbarer Poetik, und die Fülle der Gehalten knüpft durch ihr plastisches Dargestelltes. Er sieht nicht nur die Dinge, sondern fühlt ihr Wesen, ahnt das in ihnen verborgene Leben und bringt uns so auch das Fremde und Ferne näher. — In dem Roman „Lieder über die Zeit“ schildert Gamaun in den verschiedensten Schicksalen einer alten, absterbenden Großgrundbesitzerfamilie und eines Emporkömmlings die Menschen einer Lebensperiode. Es ist eine tragische Fiktion vom Untergang. Gamauns Erzählungskunst entfaltet ihren vollen Reiz in der lebendigen Darstellung des Zufälligen, Absonderlichen mit dem Alltäglichen. Romanentwürfe in Reichen und Dingen. Der Roman lebt vom Unausgesprochenen; er ist ganz mit Bilderreichtum versehen, eine Zeichnung aus feinstem Strich.

14—20 Jahren haben rund 8 000, darunter gegen 1 100 weibliche, angegeschlossen an die Arbeiterjugend ist der Verein der Kinderfreunde, dem 1 480 Schüler und Schülerinnen unter 14 Jahren angehören. Der Landesjugendausschuss der Deutschen (liberalen) Volkspartei in Baden umfaßt bis jetzt 9 Jugendgruppen mit rund 1000 Mitgliedern, der Landesverband Baden der demokratischen Jugendvereine 20 Ortsgruppen mit 700 Mitgliedern. Dem Landesverband der Wandhorstbünde Baden gehören 80 Bünde bzw. Jungengruppen mit etwa 600 Mitgliedern an. Die kommunistische Jugend, Bezirksleitung Baden in Mannheim hat, wie das Statistische Landesamt mitteilt, nähere Angaben über ihren Jugendbund abgeleitet. Verhältnismäßig unbedeutend ist die Zahl der Pfadfinder in Baden (600 Mitglieder) und der Wandervogel mit ihren verschiedenen Abteilungen (400 Mitglieder). Besonders bemerkenswert ist endlich, daß die Jugendbewegung in Baden in den letzten Jahren auch auf dem ländlichen Land und selbst in den kleinsten Landgemeinden Eingang gefunden hat.

Die Notlage der Tierärzte

Die praktischen Tierärzte, die Dreiertermehrheit des tierärztlichen Standes, befinden sich in einer dergewaltigen Lage, was von der gesetzlichen Standesvertretung, der Tierärztekammer sowohl wie vom Verein Badischer Tierärzte rüchhaltlos anerkannt wird, wie das ihre Eingaben an das Ministerium des Innern beweisen. Die praktischen Tierärzte verlangen die Befreiung der Zulassung der Staatstierärzte, die früher aus Mangel an Tierärzten vielfach eine gewisse Berechtigung hatten, heute aber bei der Überfüllung des tierärztlichen Berufes und unter völlig veränderten Verhältnissen unhaltbar geworden ist. Die Bezirkstierärzte beziehen neun Zehntel der Beamtenklasse 10 und 11 bei vollen Zulagen und voller Altersversorgung. Dazu die wandelbaren Bezüge aus halbamtlichen Geschäften, wodurch sie eigentlich als Überzahl besoldet angesehen werden müßten. Falls das eine an der Vollbesoldung noch fehlende Gehalt durch wandelbare Bezüge einmal wirklich nicht erreicht würde, wird es vom Staat erseht, nach Belieben und ohne jede Einschränkung Privatpraxis auszuüben. Diese ihre Privatpraxis ist durchschnittlich meist größer als die der praktischen Tierärzte, denn sie wird durch Privilegien und Beamtenprivilegien bei der häuslichen Besichtigung und der Händlerwelt naturgemäß gefördert. Die Förderung der Privatpraxis durch Befreiung der Zulassung der Staatstierärzte liegt, so wird uns geschrieben, im ureigensten Interesse des Staates und ist eine Forderung der Gerechtigkeit, zu deren Erfüllung der Staat eine moralische Verpflichtung hat. Um aus den Mitleiden im Tierärzterberuf herauszukommen und der Staatstierärzte sogar noch ganz erhebliche Ersparnisse zu machen, geht der Vorschlag der Organisation der praktischen Tierärzte Badens dahin, die staatsverpflichteten Stellen derart zusammenzulegen und in solchem Umfang abzubauen, daß die abdann entstehenden Stellen als vollbesetzt angesehen und dementsprechend auch besetzt werden können.

\* Einmalige Luftpostbeförderung Berlin—Dessau—Konstantinopel. Am 5. Juli veranstalteten die Junkers-Werke einen einmaligen Flug Berlin—Dessau—Konstantinopel mit Postbeförderung. Abflug von Berlin und Dessau am 5. Juli früh. Der Flugzug beförderte getriebene Briefsendungen nach der Türkei mit dem Wert: „Mit Flug Berlin—Dessau—Konstantinopel.“ Flugausgang neben den persönlichen Kostengebühren für Postkarten 20 Pf. für andere Briefsendungen für je 20 Gramm 80 Pf. Rechtzeitige Auslieferung empfiehlt sich, damit die Sendungen am Abend vor dem Abflug in Berlin oder Dessau vorliegen können. Zeitgewinn gegenüber der gewöhnlichen Beförderung etwa 1 Tag.

\* Die Brotpreise in deutschen Großstädten. Das Städt. Nachrichtenamt schreibt: Nach den statistischen Erhebungen am 26. Mai d. J. in 18 deutschen Großstädten schwankte der höchste Preis für 1 Pfund Roggenbrot zwischen 10 und 18 Pfennig. Der höchste Preis — mit 18 Pfennig für 1 Pfund Roggenbrot — ist in München festgestellt worden; dann folgen Kopen mit 17,5 Pfg., Augsburg mit 17 Pfg., Mannheim und Karlsruhe mit je 16 Pfg., Frankfurt, Stuttgart, Dortmund und Nürnberg mit je 15 Pfg., Hamburg mit 14,5 Pfg., Berlin, Essen und Chemnitz mit je 14 Pfg., Hannover mit 13,5 Pfg., Dresden und Weisau mit je 12 Pfg. Den niedrigsten Preis — mit 10 Pfg. für das Pfund — haben die Städte Regensburg und Lübeck aufzuweisen.

\* Jubelstille bei der städt. Berufsfeuerwehr. Am gestrigen 1. Juli konnten die Berufsfeuerwehren s o m m und Haag auf eine 25jährige Dienstzeit bei der städt. Berufsfeuerwehr zurückblicken. Aus diesem Anlaß hat der Branddirektor in feierlicher Weise im Beisein der ganzen Berufsfeuerwehr die beiden Jubilare durch eine herzliche Ansprache geehrt und ihnen namens der Stadtverwaltung, des Dejmens und aller Kameraden für langjährige und opferwillige Pflichterfüllung und für die stets gezeigte treue Kameradschaft den herzlichsten Dank ausgesprochen. Durch die Stadtverwaltung ist den beiden Jubilaren ein namhafter Geldbetrag als Jubiläumsgeld überreicht worden. Während Herr Hann gleichzeitig in den wohlverdienten Ruhestand tritt, verbleibt Herr Hoog noch den aktiven Dienst als Telegraphist.

\* 25jähriges Priesterjubiläum. Aus Heddesheim wird uns gemeldet: Herr Hellinger, früher Kaplan in Mannheim, feiert demnächst das 25. Jahr seines 25jähr. Priesterjubiläum. Die Kathol. Pfarrgemeinde trifft Vorbereitungen, diese Feier mit dem beliebigen und pflichterfüllten Seelsorger und würdevollen Priester würdig zu begehen. Herr Hellinger kam zu Anfang des Krieges hierher und ist jetzt bereits seit 10 Jahren hier unablöslich tätig.

\* 20jähriges Dienstjubiläum. Der frühere Faktor und sechzigjährige Vertreter Robert Arnoldi der Dunderdell und Geschichtsbuchverlag A. H. Walter, Mannheim bildet seit dem 27. Juni 1924 auf eine 20jährige Tätigkeit zurück. Anlässlich seines Jubiläum wurde ihm von der Geschäftsleitung und den Angestellten große Ehrung und reiche Bewehrung zuteil.

\* Gestorbene Diebe. Vergangene Nacht gegen 2 Uhr versuchten Eindringler in dem Warenhaus von Gebrüder Strauß, Ecke Pfaff- und Karpfstraße, einen großen Einbruch zu verüben. Der oder die Eindringler besaßen einen dort sich mit großen nachlässigen Aufstellungen abwickelnden Streit, um den Kassen des Geschäftes etwa 50 Zentimeter hochgehoben, eine kleine Scheibe an dem seitlichen Schauenfenster einzuschlagen, um durch das Schauenfenster in das Bodeninnere zu gelangen. Die Eindringler hatten bereits drei große Bündel, und zwar einen mit seidenen Lumpen, von welchem Wertes von 10 000 G.M., einen großen Bündel erstklassige Bekleidungs- und einen, einen großen Wert darstellenden Bündel mit Herren- und Damenkonfektionsartikeln, in einen Dammantel bereits zum Mitnehmen fertig eingepackt. Der Ladeninhaber, Herr Hoffmann, wurde durch den Einbruch aus dem Schlafe gewacht und ging ans Fenster, um sich nach der Ursache der Aufregung umzusehen. Als der Einbruch bereits zu Ende war, erblickte er einen fremden Menschen an seinem Haupte stehen. Nicht weit davon stand ein anderer, ebenfalls verdächtig aussehender Mensch. Der Ladenbesitzer wurde darauf hinaus und blieb am Fenster stehen. Am Morgen wurde ihm dann gemeldet, daß in seinem Laden eingebracht wurde. Durch die Nachsicht des Geschäftsinhabers mußten die Diebe über ihre Beute im Stich lassen.

Veranstaltungen

\* Theaternachricht. Freitag, 4. Juli, wird Reinhold Kreidewitz sich in der „Josephslegende“ von seiner Tätigkeit als Balletmeister des Nationaltheaters verabschieden.

\* Operettenspiele im Hofgarten (Neues Theater). Die heutige Operettensaison im Hofgartentheater wurde am Sonntag vom Heidelberger Stadttheater (Direktor Reihner) — was Leistung anbelangt — vorzüglich voll eröffnet. Als erste Nummer brachten die Künstler die „Raja, die Tänzerin“ eine überaus feine Operette in drei langen Akten. Wer in diesen sorgenvollen Tagen mal für einige Stunden vergessen wollte, der konnte es tun. Weniger das Stück an sich als Spiel und Musik. Eine Diebesaffäre mit trogischen Inhalt doch umso lustigerem Ende — ganz wie man es von einer Operette verlangt — und mit solchen Silber-Melodien unwarnt. Das Ganze wurde von Fritz Daurer geschickt inszeniert und ebenso durchgeführt. Die Künstler und Künstlerinnen gaben ihr Bestes und verließen der etwas schließenden

Handlung Schwung und Wärme. Der Prinz Gofsch wurde von Frau U. die mit großem Können gesungen und gespielt. Die Raja gab seine Partnerin Ellen Sanders, was Spiel, Gesang und Tanz betrifft mit ebensoviel Temperament wie Befähigung. Die Liebhaber des Publikums waren wohl das edelste harmonie wie lapidare Künstlerpaar. Erna Hertz als die Frau und Buffo Straube als Sekretär. Nicht zu vergessen Fritz Daurer, der seinen Part als richtiger Weltmann gab und Fred Biegler, der als Sekretär durch Rührigkeit und natürliche Komik zugleich ergötzte. Das Orchester spielte unter der besonnenen Leitung des Kapellmeisters Federcher mit Schwung und Hingabe. War auch der Besuch am Sonntag (und noch mehr gestern) schlecht, so war der Besuch umso herzlicher. Man wünscht den Spielen mehr Anteilnahme des Publikums. Sie verdienen es.

Tagungen

Deutscher Zollbeamtenstag in Weimar

Der „Bund deutscher Zollbeamten“, die größte deutsche Zollbeamtenorganisation, mit über 28 000 Mitgliedern, hielt seinen diesjährigen Bundesstag vom 19. bis 21. Juni in Weimar ab. Erschienen waren an 70 Vertreter der Landes- und Bezirksverbände sowie Mitglieder des Bundesvorstandes in Hamburg-Altona.

Trotz der Inflation ist es nach dem Nachbericht dem Vorstand gelungen, den Bund glücklich durch die finanziellen Klippen zu bringen. Die Ausgaben für den Bundesstag sind durch die Unterstützung der Frauen werden erhöht die Nachzeitung wird erweitert.

Einen breiten Raum in den Beratungen nahmen die Besoldungs- und Standesfragen ein, wobei besonders eine Beförderung des Einkommens der geringer besoldeten Gruppen dringend erfordert und bessere Aufstufungsmöglichkeiten von St. 6 nach 7 für die geprüften Sekretäre und von 8 nach 9 für die Zollinspektoren gefordert wurden. Besonders bedrohlich für die Zollbeamtenchaft gestaltete sich die Bestrebungen der Länder, wieder eine Erweiterung der Finanzhoheit zuzugestehen. Da die Zollverwaltungen der früheren Bundesstaaten aber seit Gründung der Deutschen Zollvereins schon immer nach einheitlichen Gesichtspunkten arbeiteten, so wäre es geradezu sinnlos, die Bestrebungen auf Wiedererweiterung der Finanzhoheit der einzelnen Länder auch auf die Reichszollverwaltung auszuweiten. Infolgedessen wurde, ebenso wie von den übrigen Zollbeamtenorganisationen auch vom Bundesdeutscher Reichszollbeamten nachstehende Entschliebung gefaßt:

„Die Verknüpfung der Zollverwaltung mit der Verwaltung der direkten Steuern, der Reichsfinanzverwaltung und der Reichs- und Landesverwaltung zu einer gemeinsamen, die einzelnen Länder umfassenden Reichsfinanzverwaltung mit ihrer bezirksweisen Nebenorganisation in den Landesfinanzämtern und die Bestrebungen, die Zollverwaltung ohne Rücksicht auf ihre tatsächlichen Bedürfnisse lediglich einer unangeordneten Gleichmachung zuziele in ihrer Verwaltung, zu einer Personalarorganisation der Reichsfinanzverwaltung anzupassen, haben die Zollbeamten mit Sorge erfüllt. Wie schon die Letzteren, erhebt auch heute der „Bund deutscher Reichszollbeamten“ seine warnende Stimme. Am Besondere einer nationalen Wirtschaftspolitik, die sich nach dem demnächstigen Ablauf der für die drückendsten Bestimmungen des Versailler Diktates durch Ausschluß von Handelsverträgen auf der Grundlage der Reichsfinanzverwaltung usw. wieder ermöglichen lassen wird, fordert der „Bund deutscher Reichszollbeamten“, damit die Zollverwaltung wieder frei von den heutigen Rücksichten auf andere Verwaltungszweige und sogar fremde Verwaltungen die Maßnahmen treffen kann, bis auf sachlichem und personlichem Gebiet erforderlich sind zur wirtschaftlichen Gestaltung der Zollverwaltung, wie diese in den verschiedenen hundert Jahren ausgearbeitet worden sind, eine selbständige, unter sachmännlicher Leitung stehende Reichszollverwaltung.“

Aus dem Lande

\* Von der Bergstraße. 1. Juli. Ein Gang durch die Felder läßt erkennen, daß bei der günstigen Witterung die Pflanzenernte sich gut entwickelt hat; besonders auch die Getreidefelder lassen meist nichts zu wünschen übrig. Das Korn (Roggen) nimmt schon eine bessere Färbung an, ein Zeichen der beginnenden Reife. „Weiz und Paul macht dem Korn die Wurzel faul“, ist ein bekanntes Sprichwort. Nur wenige Wochen und die Ernte kann beginnen. Erfahrungsgemäß folgen auch die übrigen Getreidearten dem Roggen in kurzen Abständen nach. Hoffentlich wird kein Unwetter den zu hoffenden Ernterfolgen schädigen! Bei dem günstigen Wetter wird s. B. das Reis- und Weizenheu eingebracht.

\* Konstantz, 1. Juli. Vor einiger Zeit wurde berichtet, daß in einem Hause in Konstantz Hausdurchsuchungen wegen des Verdachts der Falschmünzerei vorgenommen wurden und einige Wochen später, daß man in einem oberbayerischen Dorfe Falschmünzergewinnungen habe, die im Zusammenhang mit der Konstantz Untersuchung standen. Nun melden die Wälder, daß in Oberbayern der Photograph Louis Semprich und der Kaufmann Leo Wöhrner, beide in Konstantz, dabei gefaßt wurden, als sie falsche Reichsmünzen zu einem halben Dollar oder 2.10 M. veräußerten. Eine sofort vorgenommene Hausdurchsuchung hat ergeben, daß die Festgenommenen die falschmünzende Werkzeuge hatten. Außerdem wurden eine Reihe photographischer Platten vorgefunden, darunter auch von Schweizer 20 und 50 Franken-Roten. Diese Platten nachzumachen hätten ihnen indes zu viel Schwierigkeiten geboten zu haben, sobald es vor der Hand nur bei der photographischen Aufnahme bliebe.

Aus der Pfalz

\* Neustadt a. Rh., 1. Juli. Lot aufgefunden wurde am Sonntag vormittag der 10 Jahre alte Fabriknachschüler der Brauwarenfabrik Berger und Brau. Man nimmt an, daß ein Schlaganfall seinem Leben ein Ziel setzte. Der Verunglückte heißt Philipp Stollens, war verheiratet und galt als braver, fleißiger, nächster Mann. — In der Nacht zum Freitag wurde beobachtet, daß ein Mann in der Wohnung des Weinhandlers Wesselschmidt einstieg. Die herbeigerufenen Polizei ermittelte den Täter, der sich bereits wieder entfernt hatte. Er entschuldigte sich damit, daß er gemeint habe, es sei dort eine Wirtschaft. Nachdem er die geschlossene vorgefunden habe, sei er nach dem berühmten Ruster des Herrn Viel eingestiegen. Der junge Mann ist der Spengler Eugen Schmitz aus Kaiserlautern. Er wurde festgenommen. — Seligmatt eines Sportfestes entstand an der Würmühle eine Schlägerei, wobei ein gewisser Hugo Damm von Wackamer in den rechten Oberarm gestochen wurde. — Ein Bursche aus Bad Dürkheim, der sich längere Zeit im Hofe des hiesigen Wärschmieds herummis, wurde von der Polizei festgenommen. Dabei stellte es sich heraus, daß er von der Staatsanwaltschaft Darmstadt gefaßt wurde. — Freiwillig bei der hiesigen Polizei gemeldet hat sich ein hiesiger Kaufmann der wegen Schenkung und Unterschlagung in Höhe von 10 000 Goldmark zum Raubteil einer hiesigen Firma von der Staatsanwaltschaft gefaßt worden war. Was den Mann dazu veranlaßt hat, sich ausgerechnet in der Ferne der Pfalz beim Strafgericht zu melden, ist unbekannt. — Auf dem Neustädter Friedhof sind von verschiedenen Gräbern Figuren und Blumenstücke abhanden gekommen. Man fand sie nun auf einem anderen Grab, dessen Eigentümer erklärt, er wisse nicht, wie die Sachen dorthin gekommen seien.

Nachbargelände

\* Frankfurt a. M., 1. Juli. Zu der Notiz über umfangreiche Untersuchungen bei einem hiesigen Expeditionsgeschäft werden wir von einer Reihe Mannheimer Expeditionsfirmen die in Frankfurt durch eigene Niederlassungen vertreten sind, erlucht, mitzuteilen, daß die Frankfurter Filiale des Hauses Carl Laßon ist, bei der sich der Vorfall ereignet hat und somit Rückschlüsse auf irgend ein anderes Expeditionsgeschäft unbegründet seien. Nach dem amtlichen Polizeibericht erlitten sich die Unregelmäßigkeiten auf einen zurückliegenden Zeitraum von etwa fünf Jahren. Die Unterschleif- und Diebstehereien hätten einem derartigen Umfang angenommen, daß jetzt nach Waren beschlagnahmt werden konnten, die etwa den Raum von drei Wagons ausmachten. In den Unterschleifen sind der erste Geschäftsführer, ein Lagerchef und verschiedene weitere Angestellte der Firma beteiligt.



Standesamtliche Nachrichten.

Verkündete: Juni 1924. 18. Lehrer Karl Belzer u. Helene Steinmüller geb. Fran...

Schlosser Joh. Lobbaner u. Sofie Kronel Reischer Emil Müller u. Rosa Gmold...

geborene: Juni 1924. 13. Rfm. Hans Kurlitschauer e. T. Edith 14. Schiffer Joh. Köhler e. T. Frieda...

21. Schiffer Joh. Köhler e. T. Frieda 15. Schiffer Joh. Köhler e. T. Frieda 16. Arb. Friedr. Wilh. Baumann e. T. Hildegard...

Rfm. Ana. Wilh. Grater e. T. Armgard Mte Dora 18. Reischer Adolf Gottwald e. T. Helene...

19. Hauptlehrer Wendelin Schöner e. T. Margot 20. Kranzführer Karl Schmitt e. T. Anita Veria...

21. Schiffer Karl Fr. Gröner e. T. Hans Herm. 22. Schiffer Karl Fr. Gröner e. T. Hans Herm....

23. Drohli Kurt Neubauer e. T. Ana Nina 24. Drohli Kurt Neubauer e. T. Ana Nina...

geborene: Juni 1924. 18. Anna Maria Schlein geb. Ralf 61 J. 7 M. 17. Sofie Kar. Emma geb. Schneidermann 50 J. 7 M....

19. Barbara Kelenz geb. Herth 23 J. 8 M. 20. Rfm. Wilh. Stern 68 J. 7 M. 21. Maria Guntner geb. Wenner 78 J. 7 M....

22. Kaufmann Dejar. Cellerich 22 J. 8 M. 23. Kaufmann Dejar. Cellerich 22 J. 8 M. 24. Kaufmann Dejar. Cellerich 22 J. 8 M....

25. Kaufmann Dejar. Cellerich 22 J. 8 M. 26. Kaufmann Dejar. Cellerich 22 J. 8 M. 27. Kaufmann Dejar. Cellerich 22 J. 8 M....

Kreyszel Zigaretten Wiesbaden

Mutter Donau Vater Rhein

Das Beste, das Billigste, Wäscherei Schorpp

Die Verlobung meiner Tochter Elise mit Herrn Dipl.-Ing. Herbert Barth

Offene Stellen Vertreter gesucht

Miet-Gesuche 2 Zimmer m. Küche

Certan wanzentötend

Dr. Grete Elsas Paul Ebertsheim Verlobte

Stellen-Gesuche Junger Techniker

Pianos

Heirat

Verloren

Ford-Auto 1 Lieferungswagen

Psyscha Die Tänzerin

Damenrad

Heirat

Zwerg-Pinscher

Wohnungstausch Mannheim - Heidelberg

Chaplins erster Ehezwist

Klubsessel

Heirat

Damentasche

Miet-Gesuche Wohn- und Schlafzimmer

Schneiderin

Verkäufe Wohnhaus

Alle von Handel Industrie u. Gewerbe benötigten

Druckerei Dr. Haas

Leeres Zimmer gesucht

Unterricht Violin- u. Klavier-Unterricht

Verkäufe Wohnhaus

Alle von Handel Industrie u. Gewerbe benötigten

Druckerei Dr. Haas



# SAISON-AUSVERKAUF

## Der grosse Preisabbau

Es hat jetzt wenig Wert, unzählige Artikel mit Preisen dem Publikum in den Inseraten anzuführen

Beispiellos billige Preise für gute Waren sehen Sie in meinen Schaufenstern und Verkaufslokalitäten

Kommen Sie und überzeugen Sie sich!

Aussteuerartikel, Kleiderstoffe; Baumwollwaren, Damen- u. Kinderkonfektion Teppiche und Gardinen, Wollwaren, Trikotagen, Herrenartikel, Schürzen

# LANDAUER

Breitestr. Mannheim Q 1, 1.

# Ramschware

ist zu jedem Preis zu haben und immer zu teuer

nicht aber

# Qualitäts-Zigarren

Um dem werten Publikum etwas ganz besonderes zu bieten, habe ich mich entschlossen,

heute und folgende Tage

solange Vorrat reicht ein

# Fehlfarben-Sortiment

meiner altbewährten

# Spezial-Marken

zu konkurrenzlos billigen Preisen (bis zu 60 Prozent unter Tagesverkaufspreis) zum Verkauf zu bringen.

# Zigarrenhaus Edmund Schneider

O 6, 3 (Heidelbergerstraße und E 5, 1 (gegenüber der Börse)

Die Zeitungs-Anzeige ist das billigste und beste Werbemittel.



Glänzend gelöst ist die Frage nach dem richtigen Haarwaschmittel durch:

## Madiform

die schäumende

Köpf- u. Haarwäsche

Schäumt stark,

reinigt gründlich,

ist sparsam im Gebrauch.

In Flaschen in jedem besseren einschl. Geschäft erhältlich  
Hersteller: Madiform-Aktiengesellschaft, Heilbronn a. N.

„Madiform“ allein, soll Dein Haarwaschmittel sein!



Mein Spezialgeschäft

Strumpf- u. Strickwaren

bietet Ihnen mit seinem

## Saison-Ausverkauf

zu außergewöhnlich billigen Preisen

eine hervorragende Kaufgelegenheit.

Einige Beispiele:

- Schlupfhosen, verstärkt, Schritt . . . . . 2,20, 1,85
- Damen-Strümpfe, dopp. Sohle, Hochleise 1,95, 1,75, 1,20
- Herren-Socken, dopp. Sohle, Hochleise . 1,95, 1,45, 1,35
- Damen-Handschuhe, feiner Flor . . . . . 1,65, 1,45
- Damen-Westen in Seide und Wolle, Badeanzüge usw. außerordentlich ermäßigt.

Beacht. Sie unverbindlich meine Qualitätswaren u. Preise.

## Emma Mager

26 Kaufhausbogen 26

Breitstraße.

Ein Ereignis für Mannheim bedeutet die heutige

Uraufführung des grossen

Sitten-Films

Frauen auf schiefer Bahn

Drama in 6 Akten

Das Schicksal einer leichtsinnigen New-Yorkerin

Als Beigabe bringen wir

Das alte Gesetz

7 Akten 5<sup>ter</sup>

Hauptrolle: Henny Porten

Vorstellung 6 und 8 Uhr.

Ermäßigte Preise!

Palast-Theater

Gediegene Schlafzimmer Speisezimmer und Herrenzimmer  
H. Schwalbach Söhne, B7, 4  
581  
Fertigfabrik 0508  
kompl. Küchen  
Eisenschmelz-Möbel  
erstkl. Polster-Möbel  
aus eigenen Werkstätten

## Schreiber

- Neue Ital. Kartoffeln Pfund 13 Pf.
- Matjes-Reringe . . . . . Stück 12 Pf.
- Salzheringe . . . . . Pfund 12 Pf.
- Salatöl . . . . . Liter 90 Pf.
- 1st. Tafelöl . . . Liter 1.- u. 1.15

Vorteilhaft u. preiswert:

- Cond. gez. Milch . . Dose 34 Pf.
- Ungez. Vollmilch Dose 42 u. 50 Pf.

Süßstoff . . . Schachtel 20 u. 75 Pf.

Süßstoff spart Zucker!  
1 Pfd. Zucker und für 10 Pf. Süßstoff hat dieselbe Wirkung wie 2 Pfd. Zucker.

Otters Einmachhilfe.  
Salicylpergamentpapier  
Schwefelschnitten.

1a. Gährungs-Weinessig  
Arac — Rum — Weinbrand

## Schreiber

5207

# SAISON-AUSVERKAUF

## Der Höhepunkt des Preisabbaues

### Kleiderstoffe

- Cheviot doppelbreit reine Wolle . . . . . Meter **1<sup>55</sup>**
- Cheviot 130 cm breit reine Wolle . . . . . Meter **2<sup>45</sup>**
- Gabardine 130 cm breit . . . . . Meter **4<sup>50</sup>**
- Donegal 130 cm breit für Kothaus und Röde . . . . . Meter **3<sup>95</sup>**
- Rodstreifen doppelbreit . . . . . Meter 2.50. **1<sup>75</sup>**
- Gabardine doppelbreit . . . . . Meter **2<sup>05</sup>**
- Kleiderstoff schwarz-weiß-faciert doppelbreit . . . . . Meter **1<sup>75</sup>**
- Schotten doppelbreit für Kleider . . . . . Meter 1.95. **95** Pfg.

Ein Posten  
**Reinwollene Streifen** **395**  
auf weißem Grund, moderne Farbenstellung, edelste Qualität Wert bis 12 Mark . . . . . jeht Meter

### Taschentücher

- Damentuch weiß Seidenbatist mit Kokkbaum . . . . . Stück **25** Pfg.
- Damentuch bunt bedruckt mit kleinen Figuren . . . . . Stück **25** Pfg.
- Damentuch weiß Batist, gehögt und gestricelt . . . . . Stück **28** Pfg.
- Damen-Batisttuch mit Kokkbaum gefärbt . . . . . Stück **35** Pfg.
- Herrentücher weiß Feinen und Batist, buntfarbig . . . . . Stück **35** Pfg.
- Herrentücher China, weiß u. buntfarbig gute Qualität . . . . . Stück **45** Pfg.
- Herrren-Linontücher weiß mit Schachbrett . . . . . Stück **65** Pfg.

### Stickereien

- Schmale Wäschestickerispigen bis 3 cm breit Stück 9 Meter 1.75, 1.40, **95** Pfg.
- Weiße Wäschestickererei Stück 4.50 Meter **2<sup>05</sup>**
- Wäschestickererei Spitzen u. Einfäße bis 8 cm br. 30, 50, 40, 35, **25** Pfg.
- Stickererei-Unterrock-Bolants Meter 1.45, 1.20, **75** Pfg.
- Haar-Boile-Bolants für Kinderkleidchen gefärbt Meter **4<sup>50</sup>**
- Klopfpispigen u. Einfäße bis 28 **12** Pfg.
- Baumw. Spigen u. Einfäße Meter 20 bis **8** Pfg.
- Stickererei-Hemdenbassen mit Teller u. Schleifloch Stück 1.95 bis **95** Pfg.

Ein Rest-Posten  
Weiße **Damenschuhe** **2<sup>75</sup>**

### Seidenstoffe

- Robseide . . . . . Meter 3.50 **3<sup>05</sup>**
  - Waschseide aparte Streifen . . . . . Meter **2<sup>95</sup>**
- Badenia-Seide** **395**  
doppelbreit, in 18 Farben liegend . . . . . Meter
- Seidentrifot 140 cm breit vorzügliche Qualität . . . . . Meter **4<sup>95</sup>**
  - Ein Posten Foulards 90 cm breit, zuzählende Muster Meter **8<sup>00</sup>**
  - Impregantierter Mantelseide ca. 110 cm breit . . . . . Meter **4<sup>50</sup>**
  - Crepe de Chine 100 cm breit, in großem Farbenreichtum Meter **7<sup>50</sup>**

### TEPPICHE GARDINEN

- Woll-Plüsch-Perjer-Teppich 170:240 anhalt 75.— jeht **56<sup>00</sup>**
- Woll-Plüsch-Perjer-Teppich 200:300 anhalt 115.— jeht **88<sup>00</sup>**
- Plüsch-Teppich doppelreihig, 200:300 anhalt 72.— jeht **63<sup>00</sup>**
- Boncle-Teppich 250:350 anhalt 195.— jeht **164<sup>00</sup>**
- Verbindungsstücke 90:150 anhalt 12.— jeht **9<sup>50</sup>**
- Plüsch-Bettvorlage anhalt 10.50 jeht **8<sup>75</sup>**
- Wach-Bettvorlage anhalt 7.60 jeht **5<sup>50</sup>**
- Gobelin-Diwandecke 150:300 anhalt 26.— jeht **17<sup>00</sup>**
- Bonceläufer gefaltet, 70 cm breit anhalt 6.50 jeht **3<sup>30</sup>**
- Stamine-Halbstore in Einlagen u. Bolant anhalt 6.50 jeht **3<sup>90</sup>**
- Stamine-Rüstler-Gardine Dreifach in Einlagen u. Bolant anhalt 16.50 jeht **9<sup>80</sup>**
- Madras-Garnituren anhalt 18.50 **12<sup>00</sup>**
- 3 teilig, (ohne ledharte Muster) anhalt 13.50 **9<sup>00</sup>**

2 Stück  
**Wachstuch-Bandschoner** **95 Pfg.**

### Papierwaren

- 1000 Geschäfts-Briefumschläge **1.95**
- Briefordner, Quant mit Register . . . . . **75** Pfg.
- Krepp-Klosettpapier . . . . . Pack **14** Pfg.
- Butterbrotpapier feinfaltig . . . . . 50 Blatt **18** Pfg.
- Quart-Schreibblod . . . . . 50 Blatt **30** Pfg.

### Leinen- und Baumwollwaren

- Kessel halbbare Ware . . . . . Meter **48** Pfg.
- Damast gefaltet, 130 cm breit . . . . . Meter **1<sup>35</sup>**
- Bettuchstoff 150 cm breit . . . . . Meter **1<sup>75</sup>**
- Kretonne für Bettücher, 150 cm br. . . . . Meter **1<sup>80</sup>**
- Rein Makotuch . . . . . Meter **98** Pfg.
- Handtuchstoff kräftige Ware . . . . . Meter **42** Pfg.
- Serfentornhandtücher 45 cm br. . . . . Meter **68** Pfg.
- Gesichtshandtücher . . . . . **75** Pfg.

**Riffenbezug** jeht 80:80, gehögt gute Ware . . . . . **1<sup>05</sup>**  
**Riffenbezug** jeht 80:80, reich bestickt **3<sup>95</sup>**

### Tischwäsche

- Tischtücher kräftige Qualität . . . . . **2<sup>05</sup>**
- Tischtuchgebild 130 cm breit, Galbriken . . . . . Meter **2<sup>95</sup>**
- Damast-Tischtuch **5<sup>95</sup>**
- Damast-Serbierte 60:60 **98** Pfg.
- Ein Posten Serbietten . . . . . Stück **68** Pfg.

### Wegen Raummangel

verkaufen wir unser ganzes Lager in

## Metall-Betten

mit schwerer, erdfeuchtige Federlage ohne Rücksicht auf die Umfassung

- Solides Bett 90:190, 50 mm Höhe, Härte anhalt 48.00 jeht **32<sup>00</sup>**
- Schweres Bett 90:190, mit Holzschub-dreht und Drehung, verzierung . . . . . anhalt 52.00 jeht **38<sup>00</sup>**
- Schweres Bett 90:190, mit Drehung, verz. anhalt 55.00 jeht **34<sup>00</sup>**
- Schweres Bett 100:200, mit Holzschub-dreht anhalt 65.00 jeht **42<sup>00</sup>**
- Kinderbett 70:140, doppelreihig, abklappbar . . . . . anhalt 23.00 jeht **18<sup>50</sup>**
- Prima Wollmatrize 3 teilig, mit Jacquard-Dreht . . . . . anhalt 65.00 jeht **45<sup>00</sup>**

# SCHMOLLER

Mannheim Paradeplatz

Im Erfrischungsraum  
**Künstler-Konzert**

Privat-Handelschule  
**Vinc. Stock**  
jetzt **M 4, 10**  
Korrespondenz 1703.

Am 1. Juli beginnt ein neuer  
Vorbereitungskurs f. den  
kaufmännischen Beruf. 4800  
**Tages- u. Abendkurse**  
Man verlange Prospekte.

## Meister-Fahrrad!

Das elegante Qualitäts-Markenrad  
Große Wendung, eingetragenes, Masocher patentiert  
**Auto-Vertrieb G. m. b. H.**  
Sogart: Schwetzelgauerstr. 64, im Hofe links.

### Friedrichs-platz 3

## Privat-Handels-Schule DEKNOKE

staatlich geprüft für das höhere Lehramt  
in den Handelswissenschaften.

Allgemeine und höhere Tages- u. Abend-  
Handelskurse beginnen am **1. Juli**.  
Spezialkurse in Fremdsprachen, Maschinens-  
schreiben, Stenographie, Buchführung etc.  
Prospekte freilich **518**

Sommerrufenthalt in Bad Dürkheim  
in neugeb. Hause am Tennismast für 21 R. Markt  
pro Monat 3 möbl. Zimmer mit 3 Betten u. Koch-  
gelegenh. zu vermieten. (Schlaganahmer) Antr.  
unter P. Lu. 4083 an Rudolf Mosso, Lud-  
wigshafen a. Rh. **5m71**

## Textilwaren.

Suche Posten als Korrespondent,  
Expedit oder Verkäufer. **2465**  
Geht. Aufsch. u. O. U. 92 an die Geschäftsstelle.

### Furtwangen 870-1150 n. l. d. M.

Sommerhöfentourist, Kindererholungs, Ernährung  
der Bergsch. Bahn, Postautos nach Erlberg und  
Waldkirch (Freiburg) **5m71**

## Hotel Grieshaber zum „Ochsen“

Behagliches Familienhotel, seit 1771 in gleichem  
Besitz. Neu eingerichtet. Zimmer mit fleg. Wasser,  
Bad, Gesellschafts- u. Musikzimmer. Großer Garten,  
Schwarzwalder Weinstube. Eigene Landwirtschaft,  
Rüchsen, vorzügliche Verpflegung. Gelegenheit  
für Besessenen u. Tennis. Garage. Tel. Nr. 13  
Belle Pension einjt. Wohnsteuer von R. 5.80 an.  
Wlfr. Grieshaber.

### Die neuesten

## Modekleider

so eleganter bis zum einfach-  
sten in nur bester Ausführung  
und tadellosem Sitz fertigt erste  
Schneidermeisterin an. **2415**

Meerfeldstr. 53, II. r.  
Telephon 9010

Zu sprechen: Freitag 3-6 Uhr  
und Dienstag 3-6 Uhr.

### E7.4 Wirtschaft z. Rheintor E7.4

Donnerstag, den 3. Juli  
**Grosses Schlachtfest**  
Prima Bier u. Wein, woru  
freundl. einladet **2526**  
Friedr. Arnold.

## Restaurant „Neckarschloss“

Max Josefstr. 2.  
Heute und morgen:

## Grosses Doppel-Schlachtfest!

Unsere Spezialität:  
Schlachtplatten à 90 Pfg.  
Durlacher Hof-Spezial-Bier!

**H. Bernd, Tel. 1920.**  
Schön renov. Nebenzimmer, für ca. 80 Per-  
sonen, mit Klavierden, noch einige Tage frei.

### Vermischtes.

## Pension.

Einige gutst. Betten  
finden vorzügl. Mittags-  
u. Abendb. bei einjel-  
ner Dame im Zentrum  
der Stadt. **2469**  
Angebot unter O. A. 73  
an die Geschäftsstelle.

## Kind

in Verziehung, Juchritt,  
unter O. J. 82 an die  
Geschäftsstelle. **2471**

Im Frau überst. bei  
fortw. Behandl. die  
Wäsche eines bei Frau  
Z. Warden u. Aushess,  
L. Quad, Schenck, Ma-  
gobis mit N. S. 65 an  
die Geschäftsstelle. **2473**

**Nähmaschinen**  
repariert, Strahlen, L. 7, 3  
Telephon 3473. **632**

Offene Stellen

Konzern der Frankfurter

Allgemeinen Versicherungs - Aktien - Gesellschaft.
Wie suchen für Mannheim und weitere Umgebung einen tüchtigen

Inspektor.

Dessen Aufgabe besteht darin, mit den vorhandenen Vertretern gemeinsam zu arbeiten, neue Vertreter anzuwerben und diese ins Geschäft einzuführen.

Zeitgemäße Bezüge. Gehalt, Tagelohn u. Fahrkosten, sowie hohe Provisionen werden gewährt.

Frankfurter Allgemeine Versicherungs - Aktien - Gesellschaft, Frankfurt a. M., Taunusanlage 1C.

Bestenfalls gute Vertretung

aus eigener Rechnung nicht provisionslos, an verlässlichen Herrn zu vergeben. Mk. 2000.- Kapital

Junge gebild. Dame

die bereits längere Zeit in Vortragsstellung tätig war, mit ersten Fähigkeiten in Stenogramm und auf der Schreibmaschine, sucht unter 22 Jahren, zum baldigen Eintritt gesucht.

Privatsekretärin

erstklassige Kraft, in Stenographie und Maschinenschreiben perfekt, zum sofortigen Eintritt gesucht.

Intellig. Junge

aus guter Familie als kaufm. Lehrling gesucht.

Tüchtiges Mädchen

welches kochen kann, bei gutem Lohn gesucht.

Stellen-Gesuche

Korrespondentin

durchaus perfekte Stenogr., an selbständiges Arbeiten gewöhnt, mit guter Allgemeinbildung.

Erfahrener Kaufmann

sucht Stelle als

Volontär

Angewandte O. Y. 09 an die Geschäftsstelle.

Junger Mann

22 J. (Schüler) sucht Beschäftigung als

Dame

mit guten engl. und französisch. Sprachkenntnissen in Stenographie u. Maschinenschreiben

Kontoristin

21 Jahre alt, bewandert in Stenographie und Masch. Schreiben

Verkäufe

Geschäftshaus

mit 2 Etagen, Oberstadt, bei günstigen Zahlungsbedingungen

Herrn- und Damenräder

zu äußerst günstigen Zahlungsbedingungen

Kinderwagen

mittl. Größe, gut erd., billig zu verkaufen

Elegant. Kinderwagen

(Brennabor m. Nickel) preisw. zu verkaufen

2 Bettstellen

fast neu, mit Matzen u. Bettunterlagen zu verk.

Bülow-Piano

fast neu, dunkel Elche gebeizt, mit Garantie

Liege- u. Sitzwagen

mit Dach, fast neu, für 20.- zu verkaufen

Konzert-Piano

pracht. Ton, gr. Modell, preisw. zu verk.

Piano

neu, billig zu verkaufen

Schreibmaschine

gebraucht, preiswert

Echt Kölnisch Wasser

Kraft, J. L. G. Breitstr.

Neue Eismaschine

für Stadtbetrieb 9 Hl. Inhalt, Marke „Arlo“ zu verkaufen

Transport-Dreirad

sehr gut erhalten, billig abzugeben

1 Bettstelle

mit Matz. u. Bettunterlage

Neues Bergsoll

u. neues sch. Damenjackett

Kauf-Gesuche

Abbruch-Material gesucht

Faltboot

Klepper, auch beschädigt

Herrenzimmer

gekauft, jedoch gut erhalten

Gebr. Falzziegel

ca. 2000 Stück zu kaufen

Miet-Gesuche

Für Vermieter kostenlos

Bedeutend im Preis herabgesetzt

ohne jede Rücksichtnahme auf Einkaufs- und Wiederbeschaffungspreise, bringen wir aus unseren riesigen Lägern zum Verkauf:

750 Teppiche in allen Größen und Qualitäten, von der feinsten Knüpfware bis zur einfachsten Ausführung
3000 Vorlagen für Betten, Diwans, Badezimmer und Fellvorlagen
4000 Meter Läufer für Treppen, Korridore, Schlafzimmer usw. und Bodenbelag zum Auslegen von Zimmern

1200 Diwan- und Tischdecken in aparten Mustern
6000 Meter Möbel- und Dekorationsstoffe einfarbige, lichte, prachvolle gemusterte

Große Quantitäten Gardinen Halbstores, Fensterdekorationen in weiß und farbig
Madras-Garnituren Tülle, Bettdecken usw.

Wir können in unseren Schaufenstern nur wenig zeigen und erbitten deshalb Besuch unseres Geschäftes ohne Kaufzwang.

Qualitätsware liefern wir für wenig Geld
Teppichhaus J. Hochstetter G. m. b. H. Kunststrasse Gegründet 1859 N 4, 11/12

Gesucht: 2 Zimmer-Wohnung mit Küche, evtl. auch ohne Küche

Geboten: 4 Zimmer-Wohnung mit Küche unter Kellertür in T 5 - Quadrat

Wohnungstausch: Geboten: Schöne 5 Zimmer-Wohnung

Gesucht: Schöne 7-8 Zimmer-Wohnung

Garage in der Nähe von Rheinstraße zu mieten gesucht

Vermietungen: 6 Büroräume modern hergerichtet

Garage zu vermieten

Büro mit Telefon sofort zu vermieten

Möbl. Zimmer sofort zu vermieten

Möbl. Zimmer an besten Herrn sofort zu vermieten

Gut möbl. Zimmer zu vermieten

Schön möbl. Zimmer in guter Lage

4 Zimmer-Wohnung mit Bad u. Mans. gute Lage

Schön möbl. Zimmer mit zwei Betten zu vermieten

4 Zimmer-Wohnung mit Bad u. Mans. gute Lage

Büro mit Telefon sofort zu vermieten

Wohnung Schöne 3 Zimmer-Wohnung im Zentrum

Eine 4-Zimmer-Wohnung im Neubau

Geldverkehr: Gegen effiz. Sicherh. u. gute Zinsen

300 Mk. gesucht

4-600 G.-Mk. von Geschäftsmann

200 Mark von einem in Rot

300-500 M. gegen monatl. Rückzahl.

5000 Mark gegen Sicherh. und monatl. Rückzahl.

250-300 M. an leih. gel. Aus. u. K. hoch Verzinsung

Vermischtes: Motorrad-Boxen

Schreibarbeiten

Polst. u. Tapezieren

Staubsauger

Handschuhe

Handschuhe

Handschuhe

Handschuhe

300-500 M. gegen monatl. Rückzahl.

5000 Mark gegen Sicherh. und monatl. Rückzahl.

250-300 M. an leih. gel. Aus. u. K. hoch Verzinsung

Vermischtes: Motorrad-Boxen

Schreibarbeiten

Polst. u. Tapezieren

Staubsauger

Handschuhe

Handschuhe

Handschuhe

Handschuhe

Verkauf nur solange Vorrat!

In unserer Spezial-Abteilung Zigarren Zigaretten und Tabake erstklassige Fabrikate zu enorm billigen Preisen!



Von Dienstag bis Samstag in unserem Erfrischungsraum diverse

Obsttorten

1 ganze Torte 95 Pfennig

Ein Waggon Steingut

Table listing various kitchenware items like Röhrengarnituren, Spießteller, Desseriteller, etc. with prices.

ALUMINIUM

Table listing aluminum items like Fleischtopf, Maschinentopf, Schüssel, etc. with prices.

Table listing aluminum household items like Wasserkessel, Schaum- und Schöpftöfel, Salatteller, etc. with prices.

Haushalt - Artikel

Table listing household items like Brotkasten, Brotkörbe, Kaffeefilter, etc. with prices.

LEDERWAREN

Table listing leather goods like Einkaufsbeutel, Damenoffertaschen with prices.

Table listing leather goods like Damentaschen, Großes Belegwerksstück with prices.

Table listing leather goods like 1 Dose Geldtaschen, Ledgürtel with prices.

Gardinen und Kleinmöbel

Table listing curtains and furniture items like Halbkreis, Garnitur, Madras-Garnit, etc. with prices.

Table listing furniture items like Leinen-Tischdecken, Scheiben-Gardinen, etc. with prices.

Herren-Artikel

Table listing men's clothing items like Selbstbinder, Strickbinder, Sport-Kragen, etc. with prices.

Spitzen und Besätze

Table listing lace and trim items like Wäschebogen, Stückeri, Hemdenpossen with prices.

Table listing lace and trim items like Klöppelspizen, Spitzen-Einfäse, Bubl-Kragen with prices.

Putz

Table listing cleaning items like Limboglode, Damenhut, Schleifen-Dut with prices.



WARENHAUS Wronker HERMANN WRONKER AG, MANNHEIM.

Advertisement for Heinrich Hartmann featuring a 10% discount and listing products like Gardinen, Möbelstoffe, Teppichen.

Advertisement for a lottery with a 25,000 Mark prize, organized by J. Stürmer.

Advertisement for an automobile repair shop, BADENIA, specializing in grinding and re-manufacturing.

Advertisement for a funeral home, Druckerei Dr. Haas, providing mourning notices.